

Landeshauptstadt Dresden
Integrations- und Ausländerbeauftragte

„Das ist unsere Stadt. Wir haben die älteren Anrechte!“

Betrachtungen zur Entwicklung Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und politisch bzw. extremistisch motivierter Straftaten in der Landeshauptstadt Dresden 2010 bis 2016

Verfasserinnen: Dr. Julia Günther
Kristina Winkler

herausgegeben am 30. September 2016

Inhalt

Vorwort

1. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit – Erscheinungsformen, Ursachen und Tendenzen.....	3
2. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland, Sachsen und Dresden 2010 bis 2016	5
2.1 Die Pegida-Bewegung in Dresden – Ausdruck Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit?.....	7
2.2 Pegida - warum in Dresden und Sachsen?.....	12
3. Entwicklung der Straf- und Gewalttaten mit politischen bzw. extremistischen Hintergründen in Sachsen und Dresden.....	18
3.1 Rechtsextremismus.....	19
3.2 Rechtsextreme Subkultur.....	21
3.3 Rechtsextreme Musikszene.....	23
3.4 Linksextremismus	24
3.5 Ausländerextremismus.....	25
4. Zusammenfassung	27
Abkürzungsverzeichnis.....	29

Vorwort

1. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit – Erscheinungsformen, Ursachen und Tendenzen

Im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland sind die Achtung und der Schutz der „Würde des Menschen“ neben den „unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft“, die „Gleichberechtigung“ aller Personen, die „Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses“ sowie ein Verbot der Benachteiligung eines Menschen „wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen“ oder einer Behinderung festgeschrieben¹. Diese Werte und Forderungen bilden die Basis des gesellschaftlichen Zusammenlebens und der Demokratie in Deutschland. Sie sind die Grundlage für den Umgang mit anderen Menschen, einschließlich jenen, die zu sogenannten „Minderheiten“ gehören oder als Flüchtlinge zu uns kommen.

Immer wieder weisen aber Studien nach, wie tief verwurzelt in weiten Teilen der Bevölkerung und über alle gesellschaftlichen Schichten hinweg jedoch Vorurteile, ablehnende Haltungen und feindselige Einstellungen gegenüber anderen sind, die bis hin zur offenen, teils auch gewaltvollen Ausgrenzung reichen. Gleichzeitig existiert vielerorts eine zunehmende Beunruhigung über demokratiefeindliche Positionen einzelner Personen und Gruppen. Diese in der gesamten Bevölkerung verbreiteten antidemokratischen und andere Menschen abwertenden Einstellungen wurden von dem Bielefelder Soziologe Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer unter dem Begriff der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ zusammengefasst.

Das Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit beruht auf einer repräsentativen Langzeitstudie des Instituts für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld von 2002 bis 2012, die Einstellungen von Einwohnerinnen und Einwohnern unterschiedlicher Regionen Deutschlands gegenüber bestimmten sozialen Gruppen sowie die Entwicklung und Ursachen existierender Vorurteile und Abwertungen erhob. Die empirischen Ergebnisse belegen, „dass Vorurteile gegenüber unterschiedlichen Gruppen ein Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit bilden, in dessen Zentrum eine Ideologie der Ungleichwertigkeit steht“ (Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung 2011, S. 1)².

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bedeutet die Abwertung und Ablehnung anderer Personen und Gruppen aufgrund von Vorurteilen. Menschen können aufgrund unterschiedlicher sichtbarer Merkmale oder der Zugehörigkeit zu schwachen Gruppen Stereotypen, Feindseligkeiten und Diskriminierungen ausgesetzt sein (vgl. Groß, Zick & Krause 2012, S. 11)³. Das betrifft nicht nur ethnische Minderheiten, sondern auch Menschengruppen gleicher Herkunft, die von den Normalitätsvorstellungen einer Mehrheitsgesellschaft abweichen. Der Definition und dem Konzept entsprechend umfasst Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit neben Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, der Ablehnung von Asylsuchenden sowie von Sinti und Roma auch Antisemitismus und Islamfeindlichkeit, also die Abwertung von Menschen mit einem bestimmten religiösen Glauben, die Abwertung Obdachloser, Langzeitarbeitsloser sowie von Menschen mit Behinderung. Daneben bezieht sie auch die Herabsetzung von Menschen mit anderem Geschlecht und einer anderen sexuellen Orientierung (Sexismus bzw. Homophobie) ein. Des Weiteren umfasst sie die Abwertung von neu Hinzugekommenen durch Alteingesessene, also die Betonung von Etabliertenvorrechten (ebd.)⁴.

¹ Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Verfügbar unter: <https://www.gesetze-im-internet.de/gg/BJNR000010949.html> (Zugriff 30.08.2016)

² Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (2011). Deutsche Zustände. Das entsicherte Jahrzehnt. Presseinformation zur Präsentation der Langzeituntersuchung Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Verfügbar unter: https://www.uni-bielefeld.de/ikg/Handout_Fassung_Montag_1212.pdf (Zugriff 09.05.2016)

³ Groß, E., Zick, A. & Krause, D. (2012). Von der Ungleichwertigkeit zur Ungleichheit: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Aus Politik und Zeitgeschichte 62 (16-17), S. 11-18

⁴ a. a. O.

Mit diesen abwertenden Haltungen werden Hierarchien zwischen verschiedenen sozialen Gruppen bzw. zwischen Menschen, die diesen Gruppen (vermutlich) angehören legitimiert, begründet und verfestigt. Sie ermöglichen es statushöheren Gruppierungen, bestehende Privilegien, die sie aufgrund derartiger Hierarchiebildungen haben, abzusichern. Statusniedrigeren Personengruppen dienen sie dazu, ihre Position gegenüber Anderen, noch stärker Benachteiligten, zu wahren oder zu erhöhen und sich so gesellschaftliche Teilhabechancen zu sichern (Küpper & Zick 20.10.2015)⁵.

Das Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit verfolgt die These, dass die einzelnen, o. g. Formen der Menschenfeindlichkeit auf einem gemeinsamen Kern beruhen, der die prinzipielle Gleichwertigkeit der Menschen in Frage stellt und Einstellungen umfasst, nach denen Personen, die aufgrund spezifischer Merkmale bestimmten Gruppen zugerechnet werden können, mehr oder aber weniger Rechte und Schutz beanspruchen dürften als andere. Die Ungleichwertigkeit manifestiert sich als „Überzeugung, andere Gruppen oder Personen, die ihnen angehören, seien weniger wert, weniger zur Gesellschaft passend, bedrohlicher, abweichender, abstoßender als andere. Vor dem Hintergrund dieser Ideologie kann sich die ganze Macht von Stereotypen, Vorurteilen und politischen Ideologien der Minderwertigkeit von Gruppen entfalten“ (Zick & Klein 2014, S. 15)⁶.

Zu den Ursachen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit liegen mittlerweile zahlreiche Erklärungsansätze vor. Diskutiert werden in diesem Zusammenhang beispielsweise der Einfluss individueller Merkmale (z. B. Bildungsniveau, Identität), der Effekt von familiären und Gruppenbeziehungen sowie gesellschaftliche, kulturelle und insbesondere auch ökonomische Bedingungen. Im Kontext der Bielefelder Langzeitstudie wurden die einzelnen Ansätze auf ihre empirische Relevanz überprüft mit dem Fazit, dass nicht eine isolierte Ursache für Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, sondern in der Regel ein multifaktorielles Bedingungsgefüge verantwortlich dafür ist, ob Personen mehr oder weniger zur Abwertung anderer tendieren (Küpper & Zick 20.10.2015)⁷.

Die beim Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit im Fokus stehenden Vorurteile als Grundlage von Abwertungen und Diskriminierungen etablieren sich insbesondere dann, „wenn Menschen Ungleichwertigkeit feststellen und motiviert sind, vermeintliche Gleichwertigkeit durch Abwertung von Schwächeren (Minderheiten) herzustellen“ (Zick 2006, S. 7)⁸. Nicht entscheidend ist dabei, ob diese Ungleichheit tatsächlich gegeben ist oder nur subjektiv wahrgenommen wird. Dann erfüllen die Elemente Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit die soziale Funktion der Selbstaufwertung durch die Abwertung anderer Gruppen sowie die Rechtfertigung einer ungleichen Behandlung derselben. Zudem werden „mensenfeindliche Mentalitäten und Handlungsweisen als Ausdruck einer Suche nach Anerkennung“ interpretiert (ebd.). Anerkennung wird verstanden als Wertschätzung durch andere Menschen, die in verschiedenen Bereichen, etwa vermittelt über sozialen Status, Partizipation, Teilhabe an (politischen) Diskursen und Entscheidungen oder durch die Mitgliedschaft in sozialen Gemeinschaften, erfahren werden kann (ebd., S. 8). Wem also soziale Anerkennung fehlt oder wer diese als zu gering empfindet, wird eher dazu neigen, Anerkennung durch die Abwertung von Anderen beziehen zu wollen.

Im Rahmen der jährlichen Umfragen zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und ihren Bedingungsfaktoren wurde deutlich, „dass zum Beispiel individuell ein geringes Bildungsniveau, mangelnde interkulturelle Kontakte, starke nationale Identifikationen (Nationalstolz) und rechtspopulistische Mentalitäten, das Gefühl eines Mangels im Vergleich zu Adressaten von Vorurteilen (so genannte relative Deprivation) und auf der strukturellen Ebene ein niedriger sozialer Status oder das Leben in strukturell schwachen Regionen die Wahrscheinlichkeit für GMF erhöhen“ (ebd., S. 8, vgl. a. die Ergebnisse der Reihe „Deutsche Zustände“ von Wilhelm Heitmeyer). Die einzelnen Elemente Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, also Rassismus, Islamfeindlichkeit, Sexismus, das Berufen auf Etabliertenvorrechte usw. erscheinen vor diesem Hintergrund auch als individuelle und soziale Reaktionen auf gesellschaftliche Problemlagen und stehen in einem engen Zusammenhang mit der Wahrnehmung sich verschärfender sozialer Gegensätze, mit persönlichen und kollektiven Desintegrationserfahrungen und fehlenden Teilhabechancen. Heitmeyer spricht in diesem Zusammenhang von einem für Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ursächlichen „entsicherten Jahrzehnt“, in dem Zukunfts- und Existenzängste und die politi-

⁵ Küpper, B. & Zick, A. (20.10.2015). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Beitrag im Dossier Rechtsextremismus. Bundeszentrale für politische Bildung. www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/214192/gruppenbezogene-menschenfeindlichkeit (Zugriff 04.05.2016)

⁶ Zick, A. & Klein, A. (2014). Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014. Bonn: Dietz-Verlag

⁷ a. a. O.

⁸ Zick, A. (2006). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit aus Sicht der Wissenschaft. In Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.), Reflektieren. Erkennen. Verändern. Was tun gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit? Berlin. 6-8

sche Apathie der Einwohnerinnen und Einwohner zugenommen haben. Mit den problematischen gesellschaftlichen und sozialen Entwicklungen gehe zudem eine „Demokratieentleerung“ einher, d. h. die Zweifel am bestehenden demokratischen System und die Wahrnehmung eigener Machtlosigkeit wachsen mit negativen Folgen für die (politische) Partizipation und die Herausbildung von abwertenden Einstellungen. Mit maßgeblich seien außerdem „schleichende Prozesse“ wie eine Ökonomisierung des Sozialen und wachsende Orientierungslosigkeit (Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung 2011, S. 4ff.)⁹.

Im Laufe der Langzeituntersuchung, die mittlerweile durch die von der Friedrich-Ebert-Stiftung geförderte Studie „Fragile Mitte – Feindselige Zustände“ an der Universität Leipzig fortgesetzt wird, konnten signifikante Veränderungen einzelner Erscheinungsformen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit beobachtet werden, die mit gesellschaftlichen Zuständen und insbesondere mit einer massiven sozialen Spaltung der Gesellschaft korrespondieren, aber auch mit „Signalereignissen“ zusammenhängen. Zu diesen „Signalereignissen“ können beispielsweise die Terroranschläge am 11. September 2001 mit ihren gravierenden Folgen für den Anstieg der Islamfeindlichkeit oder die Einführung von Hartz IV im Jahre 2005 mit ihren Auswirkungen auf die Desintegrationsängste verschiedener sozialer Gruppen gezählt werden (ebd., S. 2).

Im Folgenden werden die Ergebnisse ausgewählter Studien, die sich mit Erscheinungsformen und Ursachen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Deutschland und insbesondere auch in Sachsen und Dresden befassen vorgestellt.

2. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland, Sachsen und Dresden 2010 bis 2016

Mit der Studie „Rechtsextreme Strukturen, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und bürgerschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus in der Landeshauptstadt Dresden“ aus dem Jahr 2010 wurde erstmals eine umfassende Datensammlung zu den Problembereichen Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit explizit für die Landeshauptstadt vorgelegt. Ein wesentliches Fazit der vom Institut interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld durchgeführten Erhebung war, dass in allen Dresdner Ortsamtsbereichen „Fremdenfeindlichkeit sowie abwertende Einstellungen gegenüber Obdachlosen und Langzeitarbeitslosen hoch aus(fallen) und auch Etabliertenvorrechte stets stark eingefordert“ wurden. Rassismus-Indikatoren erfuhren in allen Dresdner Stadtgebieten ebenfalls Zustimmung (Heitmeyer et al. 2010, S. 114)¹⁰.

Die „Mitte-Studien“ der Universität Leipzig erheben mittels repräsentativer Befragungen seit 2002 in einem Zwei-Jahres-Turnus rechtsextreme und menschenfeindliche Einstellungen in der bundesdeutschen Bevölkerung. Die rechtsextremen Einstellungen werden dabei in sechs unterschiedlichen Dimensionen erfasst: Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus (Decker, Kiess & Brähler 2014, S. 27)¹¹. Die Befunde, die sich aus dem Erhebungszyklus 2014 ableiten lassen, sind dabei sehr komplex. Zwar sind rechtsextreme und menschenfeindliche Haltungen in Deutschland gegenüber den Vorjahren insgesamt rückläufig, einzelne Aussagen, die bestimmte Bereiche von Menschenfeindlichkeit markieren, erfahren aber weiterhin hohe Zustimmung. Nationalchauvinistische und ausländerfeindliche Tendenzen sind zwar bis in das Jahr 2014 zurückgegangen, allerdings sind chauvinistische und ausländerfeindliche Einstellungen in der gesellschaftlichen Mitte mit 13,6 Prozent bzw. 18,1 Prozent immer noch sehr verbreitet. Auch der Bereich Antisemitismus konnte im Erhebungsjahr 2014 einen Rückgang verzeichnen. Im Bereich Sozialdarwinismus¹² war die Entwicklung im Studienverlauf oft schwankend, je-

⁹ Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (2011). Deutsche Zustände. Das entscherte Jahrzehnt. Presseinformation zur Präsentation der Langzeituntersuchung Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Verfügbar unter: https://www.uni-bielefeld.de/ikg/Handout_Fassung_Montag_1212.pdf (Zugriff 09.05.2016)

¹⁰ Heitmeyer, W., Borstel, D., Grau, A., Wanderschnieder, S. & Marth, J. (2010). Rechtsextreme Strukturen, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und bürgerschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus in der Landeshauptstadt Dresden. Bielefeld: Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung

¹¹ Decker, O., Kiess, J. & Brähler, E. (2014). Die stabilisierte Mitte – Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014. Verfügbar unter: http://research.uni-leipzig.de/kredo/Mitte_Leipzig_Internet.pdf (Zugriff 09.05.2016)

¹² Sozialdarwinismus bezeichnet eine Ideologie, die Charles Darwins Evolutionstheorie durch natürliche Auslese auf die menschliche Gesellschaft anwendet. Sie bildete die Grundlage der nationalsozialistischen Weltanschauung. Darwins These, nach der die am besten an die Umwelt angepassten Individuen die größten Überlebenschancen hätten, wurde umgedeutet, dass die am höchsten entwickelte Rasse durchsetzt und damit auch das Recht hat, andere Rassen zu unterdrücken. Heute umschreibt der Begriff eine Haltung, die gesellschaftlich randständige Gruppen, beispielsweise Sozialhilfebeziehende oder Menschen mit Behinderungen, entwertet. Sie geht zumeist mit rechtsradikalen Ideologien einher und ist ein wesentliches Element der neonazistischen Szene (vgl. Lenzen, M. (20.10.2015). Was ist Sozialdar-

doch mit einem ebenfalls niedrigen Wert im Jahr 2014, was ebenso auf die Dimension einer Verharmlosung des Nationalsozialismus zutrifft. Bei der Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur zeigt sich über die Jahre ebenfalls ein abfallender Trend, allerdings scheinen die Werte hier 2014 zu stagnieren bzw. in Ostdeutschland wieder geringfügig anzusteigen.

Vom Rückgang rechtsextremer und menschenfeindlicher Einstellungen bis in das Jahr 2014 scheinen die Gruppen der Muslimen und Musliminnen, der Sinti und Roma sowie der Asylsuchenden explizit ausgeschlossen zu sein. Im Gegenteil haben sich hier Abwertungstendenzen stark verfestigt. So sprechen sich in der „Mitte-Studie“ 2014 rund 36,6 Prozent der Deutschen für ein Zuwanderungsverbot für Muslime aus, 55,9 Prozent bejahen die Aussage, dass Sinti und Roma zur Kriminalität neigen und 76 Prozent sind klar gegen eine großzügige Prüfung von Asylanträgen durch den Staat (ebd., S. 50). Bei der Erhebung der Forschergruppe um Wilhelm Heitmeyer im Jahr 2011 hatten dagegen nur 22,6 Prozent der Deutschen ein generelles Zuwanderungsverbot für Musliminnen und Muslime befürwortet und 44,2 Prozent die Frage nach einer stärkeren Kriminalitätsbereitschaft von Sinti und Roma bejaht. Nur 25,8 Prozent der im Jahr 2011 Befragten waren gegen eine großzügige Prüfung von Asylgesuchen und auch der Anteil derjenigen, die vermuten, dass Flüchtlinge in ihren Herkunftsländern nicht wirklich verfolgt würden, war 2011 um mehr als 10 Prozent geringer als im Erhebungsjahr 2014 (Heitmeyer 2012, S. 38ff.)¹³. Es lässt sich also für den Zeitraum von 2011 bis 2014 ein massives Anwachsen von Islamfeindlichkeit und Ablehnung von Sinti und Roma konstatieren (Decker, Kiess & Brähler 2014, S. 50)¹⁴. Für die Stadt Dresden liegen aktuelle Umfragedaten des Instituts für Kommunikationswissenschaften der Technischen Universität Dresden vor, die diese Tendenzen zu bestätigen scheinen. Danach vertraten 64 Prozent der in Dresden befragten Personen die Auffassung, dass der Islam nicht zu Sachsen gehöre. Gegen einen Bau von Moscheen sprach sich mit 46 Prozent nahezu die Hälfte der Dresdnerinnen und Dresdner aus (Dresdner Neueste Nachrichten 20.07.2016)¹⁵.

Die Ergebnisse der „Mitte-Studie“ zeigen, dass bestimmte Abwertungsdimensionen von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit stärker in der ostdeutschen als in der westdeutschen Bevölkerung verbreitet sind. Das betrifft insbesondere die Felder Chauvinismus und ausländerfeindliche Einstellungen, aber auch die Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur und Sozialdarwinismus. Antisemitische Einstellungen sowie den Nationalsozialismus verharmlosende Tendenzen finden sich hingegen öfter in der westdeutschen Bevölkerung (Decker, Kiess & Brähler 2014, S. 38, 61). Insgesamt betrachtet, ist in Ostdeutschland im Studienverlauf, also zwischen 2002 und 2014 ein Anstieg rechtsextremer Einstellungen, vor allem zwischen 2010 und 2012 zu konstatieren, während sie anfangs stärker in den alten Bundesländern sichtbar waren. Die Häufigkeit von Menschen mit einem geschlossenem rechtsextremen Weltbild unterscheidet sich 2014 aber nicht signifikant zwischen Ost- und Westdeutschland (ebd., S. 47f.).

Bei Männern sind rechtsextreme und insbesondere fremdenfeindliche Einstellungen stärker verbreitet als bei Frauen. Daneben zeigen sich signifikante Effekte in Bezug auf das Bildungsniveau: Bei Nicht-Abiturienten sind die ermittelten Werte in allen Dimensionen höher und teils mehr als dreimal so hoch wie bei Befragten, die mindestens das Abitur erreicht haben. Uneinheitlich zeigen sich die Effekte des Alters: Während Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus bei über 60 Jahre alten Personen am stärksten ausgeprägt sind, zeigen sich bei der Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, beim Sozialdarwinismus und der Verharmlosung des Nationalsozialismus die höchsten Werte in der jüngsten Altersgruppe der 14- bis 30-Jährigen (ebd., S. 39f). Im Hinblick auf den Erwerbsstatus fällt auf, dass Befragte in Schul-/Berufsausbildung die niedrigsten Werte in allen erhobenen Extremismus-Dimensionen aufweisen, Ruheständler die zweithöchsten. Im Mittelfeld bewegen sich die erwerbstätigen und nicht-berufstätigen Personen. Arbeitslose Befragte tendieren am stärksten zu rechtsextremistischen Haltungen (ebd., S. 40).

Die kürzlich erschienene „Mitte-Studie“ 2016 zeigt zwar insgesamt keine nennenswerte Veränderung rechtsextremer Einstellungen in Deutschland gegenüber 2014, jedoch leichte Anstiege in den Bereichen Ausländerfeindlichkeit, Chauvinismus und Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur. Außerdem ist unter den Gruppen,

winismus? Verfügbar unter: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/214188/was-ist-sozialdarwinismus> (Zugriff 20.05.2016)

¹³ Heitmeyer, W. (Hrsg.) (2012). Deutsche Zustände – Folge 10. Frankfurt/M.: Suhrkamp

¹⁴ Decker, O., Kiess, J. & Brähler, E. (2014). a. a. O.

¹⁵ DNN-Barometer (20.07.2016). Jeder Zweite Dresdner gegen den Bau einer Moschee in Dresden. Verfügbar unter: <http://www.dnn.de/Dresden/Lokales/Jeder-Zweite-Dresdner-gegen-den-Bau-einer-Moschee-in-der-Stadt> (Zugriff: 25.07.2016)

die rechtsextremistische Einstellungen vertreten, eine zunehmende Radikalisierung und Gewaltbereitschaft zu beobachten. Die Aggressionen richten sich dabei insbesondere gegen Muslime, Sinti und Roma sowie Asylsuchende, deren Ablehnung verglichen mit dem Jahr 2014 noch zugenommen hat. Zwar bestehen keine großen Unterschiede in der rechtsextremen Einstellung zwischen Ost- und Westdeutschland, in den ostdeutschen Bundesländern ist jedoch der Anteil der jungen Erwachsenen größer, der ausländerfeindliche Ansichten vertritt. Sichtbar geworden ist auch eine deutliche Polarisierung innerhalb der Zivilgesellschaft: Einerseits existieren menschenfeindliche Ideologien und insbesondere Ausländerfeindlichkeit in der Bevölkerung; andererseits gibt es zahlreiche Personen, die sich aktiv für geflüchtete Menschen engagieren (Decker, Kiess & Brähler 2016)^{16/17}.

Letztlich zeigen die „Mitte-Studien“ der Jahre 2014 und 2016, dass trotz generell abnehmenden rechtsextremistischen Haltungen bestimmte Gruppen von Migranten und Migrantinnen umso deutlicher abgelehnt und diskriminiert werden, was wiederum ein Beleg dafür ist, dass Ungleichwertigkeitsvorstellungen in der Gesellschaft weiterhin verbreitet sind (Decker, Kiess & Brähler 2014., S. 65). Das heißt auch, dass grundsätzlich alle Menschen von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und entsprechenden Vorurteilen, Abwertungen und Diskriminierungen bedroht sind, die als Angehörige einer sich von der Mehrheitsbevölkerung unterscheidenden Gruppe besondere, von den gängigen „Normalitätsvorstellungen“ abweichende Merkmale aufweisen bzw. bei denen diese vermutet werden. Sie alle „laufen demnach Gefahr, mit Ressentiments belegt und mit Aggressionen verfolgt zu werden“ (ebd., S. 66).

2.1 Die Pegida-Bewegung in Dresden – Ausdruck Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit?

Das soziale Klima in Sachsen und in Dresden ist geprägt vom Wandel gesellschaftlicher Strukturen und politischer Verhältnisse sowie der Flüchtlingsmigration der vergangenen Monate in die Europäische Union und nach Deutschland.

Die Entstehung und das rasche Wachstum der Bewegung der „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes (Pegida)“, beginnend im Oktober 2014 und mit etwa 25.000 Teilnehmern und Teilnehmerinnen im Januar 2015 ihren Höhepunkt erreichend, beeinflusste massiv nicht nur die Stimmung und das Zusammenleben in Dresden, sondern auch die bundes- und europaweite Wahrnehmung der Stadt.

Lutz Bachmann, der als Initiator von Pegida gilt, hatte am 11. Oktober 2014 eine Facebook-Gruppe mit der Bezeichnung „Friedliche Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ gegründet. Wesentliche Motivationen lagen in der Ablehnung einer Unterstützung der „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) bei ihrem Kampf gegen den „Islamischen Staat“ (IS) und in der Furcht vor einer vermeintlich drohenden „Islamisierung“ und „Glaubenskriegen“ auf bundesdeutschem Gebiet. Man bezog sich damit auf gewalttätige Konflikte, die im Oktober 2014 in verschiedenen Städten zwischen pro-jesidischen/pro-kurdischen Demonstrierenden und salafistischen Gegen-Demonstrierenden stattgefunden hatten (Pfahl-Traugher 2015)¹⁸. Diese Schlagwörter waren dann auch auf den ersten Transparenten bei den ab dem 20. Oktober 2014 stattfindenden, „Montagsspaziergänge“ genannten Demonstrationen zu finden. Diese begannen mit etwa 350 Teilnehmenden, hatten aber nicht zuletzt durch eine zunehmende mediale Berichterstattung und der gleichzeitigen öffentlichen Diskussion eines umfangreichen Maßnahmenpaketes zur Schaffung zusätzlicher Unterbringungskapazitäten für Asylsuchende in Dresden (Stadtratsbeschluss V0085/14, SR/005/2014) eine stark mobilisierende Wirkung mit einem in der Folge rasanten Anstieg der Demonstrierendenanzahl.

Die als rechtspopulistisch und islamfeindlich zu charakterisierende Protestbewegung Pegida ist in Dresden präsent, zog jedoch stets auch zahlreiche Teilnehmende aus anderen Gegenden Sachsens an. Demgegenüber konnten die nach Pegida-Vorbild in anderen Städten Deutschlands stattfindenden Demonstrationen nie so viele Teilnehmende mobilisieren wie die Dresdner Kundgebung. Pegida entstand als Bewegung, die sich von Dresden europaweit entfalten sollte (vgl. Heinrich-Böll-Stiftung 16.01.2015)¹⁹, allerdings konnte in anderen Ländern eben-

¹⁶ Decker, O., Kiess, J. & Brähler, E. (2016). Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland – Die Leipziger „Mitte“-Studien 2016. Gießen: Psychosozial-Verlag

¹⁷ Die aktuelle „Mitte-Studie“ enthält auch umfangreiches Datenmaterial zu den politischen Einstellungen und zu den Parteipräferenzen deutscher Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, die in o. g. Publikation nachgelesen werden können.

¹⁸ Pfahl-Traugher, A. (2015). Pegida – eine Protestbewegung zwischen Ängsten und Ressentiments. Eine Analyse aus der Sicht der Bewegungs-, Extremismus- und Sozialforschung. Verfügbar unter: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/200901/pegida-eine-protestbewegung-zwischen-aengsten-und-ressentiments> (Zugriff 22.04.2016)

¹⁹ Heinrich Böll Stiftung (16.01.2015). Pegida – ein Aufstand von rechts. Verfügbar unter: www.boell.de/de/2015/01/16/pegida-ein-aufstand-von-rechts (Zugriff 30.04.2016)

falls keine hohe Zahl von Demonstrierenden mobilisiert werden (ebd.). In der Schweiz wurde im Januar 2016 eine Pegida-Kundgebung durch die Behörden verboten (Sonntagszeitung 31.01.2016, S. 20)²⁰.

Thematisch wendet sich Pegida maßgeblich gegen eine vermeintlich verfehlte Asyl- und Zuwanderungspolitik mit der Folge einer angeblichen „Islamisierung“ der Bundesrepublik, übt Kritik an den etablierten Parteien und ihrer Politik wie auch an den Medien mit ihrer vermeintlich einseitig-fehlerhaften Berichterstattung. Damit hat Pegida den Nerv großer Teile der ostdeutschen und sächsischen Bevölkerung getroffen. Demnach seien Einschätzungen von Politik- und Gesellschaftswissenschaftlern zufolge die vorherrschenden Gefühle der mit Pegida Sympathisierenden von irrationalen Ängsten, Enttäuschungen, Frustrationen und auch Aggressionen geprägt. Diese wiederum resultieren aus individuellen und kollektiven Lebenserfahrungen, verbunden mit einem Gefühl der Unsicherheit angesichts einer sich stetig verändernden Gesellschaft²¹. Gerade in Ostdeutschland, wo die Gesellschaft nach einem langjährigen Transformationsprozess nach der Wende und deutschen Wiedervereinigung erst wieder zur Ruhe gekommen war und die erreichte Stabilität und Sicherheit einschließlich eines materiellen Wohlstands bewahren möchte, sind die von Pegida propagierten Thesen einer „Überfremdung“, auch die Konkurrenzangst auf den Arbeits- und Wohnungsmärkten beziehungsweise Sozialsystemen auf Resonanz gestoßen (Vorländer 2016, S. 27)²².

Mit ihren, oft als rechtspopulistisch bezeichneten Positionen, befindet sich Pegida in inhaltlicher Nähe zur AfD, ohne dass es eine nachgewiesene organisatorische Verbindung zwischen beiden gäbe. Zwar grenzt sich die AfD vom neonazistischen und rechtsextremistischen Spektrum und Gedankengut ab, vertritt aber teilweise ebenfalls Positionen, die als rassistisch, islamfeindlich, homophob und chauvinistisch bezeichnet werden können (Kulturbüro Sachsen e. V. 2015). Der Sächsische Landesverband der AfD wurde bereits kurz nach Gründung der Partei im April 2013 gebildet. Mit einem Wahlergebnis von 9,7 Prozent konnte die AfD 2014 in den sächsischen Landtag einziehen. Bei den Bundestags- und Europawahlen hatte die AfD in Sachsen ihre höchsten Ergebnisse erzielen können. Derzeit gilt die AfD für den bundesdeutschen Verfassungsschutz und für die Bundesregierung nicht als extremistisch und stelle keine Gefahr für die demokratische Grundordnung Deutschlands dar. Einer Publikation der Bundeszentrale für politische Bildung zufolge, verharmlose die überwiegende Bezeichnung der AfD als rechtspopulistische Partei jedoch ihre politische Programmatik und ihre Funktion als „Türöffnerin nach Rechts“ (Salzborn 2015, S. 44)²³.

Die von Pegida und der AfD artikulierten Forderungen sind nicht nur in vielen Fragen deckungsgleich; der äußerste rechte Flügel der AfD versuchte auch frühzeitig, zur Unterstützung der Bewegung zu mobilisieren. So wurde auf der Website der AfD-nahen „Patriotischen Plattform“ im Dezember 2014 dazu aufgerufen, „die Kernforderung von Pegida zu übernehmen und sich in aller Deutlichkeit gegen die Islamisierung des Abendlandes auszusprechen“ (Patriotische Plattform 09.12.2014)²⁴.

Eine Umfrage des Instituts für Kommunikationswissenschaft der Technischen Universität Dresden erhob Anfang 2015, also nach der Anfangsphase der Pegida-Bewegung, Einstellungsmuster in der Dresdner Bevölkerung, die entscheidend dafür sind, ob jemand den Pegida-Zielen zustimmt oder diese ablehnt. An erster Stelle der Einstellungsbereiche, die zu einer Pegida-Sympathie beitragen, standen Haltungen, die ein stärkeres Nationalbewusstsein ausdrückten. Dazu gehört beispielsweise, dass man „endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl“ haben solle oder ein „hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland“ nötig sei. Das zweite Einstellungsmuster, das zur Sympathie mit Pegida beitrug, waren Vorbehalte gegenüber Fremden. Diese äußerten sich auch häufig in der Ansicht, dass Einheimische mehr Rechte haben als Zugezogene, dass sie sich zunächst mit weniger zufriedengeben sollten und dass zu viele Ausländer und Ausländerinnen in Deutschland leben. Die dritte entscheidende Haltung lag in einer negativen Einstellung gegenüber den öffentlichen Medien, die als „Lügenpresse“ für ihre vermeintlich nicht der Wahrheit entsprechende Berichterstattung gescholten wurden. Nachrangig, aber mit entscheidend, waren bestehende Sorgen vor Extremismus und

²⁰ Sonntagszeitung (31.01.2016). Das Verbot der Basler Pegida-Demo ist richtig. Verfügbar auch unter: http://www.sonntagszeitung.ch/read/sz_31_01_2016/fokus/Das-Verbot-der-Basler-Pegida-Demo-ist-richtig-55078

²¹ Tagungsdokumentation zur Strategiekonferenz über den Umgang mit PEGIDA 15.-16.01.2016

²² Vorländer, H. (2016). Zerrissene Stadt: Kulturkampf in Dresden. Aus Politik und Zeitgeschichte 66 (5-7), S. 22-28

²³ Salzborn S. (2015). Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze. 2. Aufl. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Band 1623. Baden-Baden: Nomos-Verlagsgesellschaft

²⁴ Patriotische Plattform (09.12.2014). Stellungnahme der Patriotischen Plattform: AfD muss sich gegen Islamisierung des Abendlandes aussprechen! Verfügbar unter: <http://patriotische-plattform.de/blog/2014/12/09/stellungnahme-der-patriotischen-plattform-afd-muss-sich-gegen-islamisierung-des-abendlandes-aussprechen/> (Zugriff 20.06.2016)

religiösem, insbesondere islamistischem Terror sowie vor „Überfremdung“. Dazu gehören Befürchtungen, die deutsche Sprache und Kultur würden verdrängt und das Stadtbild nachhaltig verändert (IfK 23.01.2015)²⁵.

Laut verschiedenen Erhebungen in der Anfangszeit von Pegida wurden die Kundgebungen von einem sowohl hinsichtlich seiner soziodemographischer Merkmale als auch seiner Motivationen und Interessenlagen relativ heterogenen Publikum besucht. Eine nicht-repräsentative Umfrage der Goethe-Universität Frankfurt am Main von Anhängern und Anhängerinnen der Dresdner Pegida-Bewegung erhob Anfang des Jahres 2015 Herkunft, Motivationen und Ziele der Demonstrierenden²⁶. Dabei zeigte sich ein erhebliches Misstrauen gegenüber den politischen Institutionen der bundesrepublikanischen Demokratie. Nahezu 100 Prozent der im Rahmen der Erhebung befragten Personen, misstrauten den etablierten Parteien. Auch der Bundestag, die Bundesregierung sowie die Banken wiesen sehr hohe Misstrauenswerte auf (89 Prozent, 89 Prozent bzw. 64 Prozent), die bei den Befragten weit über dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung lagen. Mehrheitlich waren die bei Pegida-Demonstrierenden sehr unzufrieden mit dem Funktionieren des politischen Systems in Deutschland und der bundesdeutschen Demokratie, und etwa zwei Drittel von ihnen waren der Ansicht, kaum Einflussmöglichkeiten auf das Handeln der Regierung zu haben, wobei sie sich diesbezüglich nicht wesentlich vom Durchschnitt der Gesamtbevölkerung unterschieden (laut Leipziger „Mitte-Studie“ 2012: 77,6 Prozent). Darüber hinaus zeichnete sich ein deutliches Misstrauen gegenüber den Medien (Fernsehen, Zeitungen) ab, was sich u. a. darin äußerte, dass mehr als 97 Prozent der Befragten der Aussage „im Großen und Ganzen ist der Ausdruck „Lügenpresse“ zutreffend“ eher bzw. voll und ganz zustimmten. Bezogen auf die Inhalte von Pegida und mögliche Antriebsmomente der Bewegung deuteten die Antworten auf eine hohe Relevanz des Themenkomplexes Einwanderungs-, Asyl- und Integrationspolitik hin. Die Teilnehmenden der Demonstrationen befürchten bzw. kritisieren eine unkontrollierte Einwanderung nach Deutschland, den damit in Verbindung gebrachten Verlust nationaler Identität und Kultur, Integrationsprobleme und hohe Kosten für den Sozialstaat. Sichtbar werden große Zukunftssorgen nicht nur was die eigene Zukunft, sondern vor allem die der kommenden Generationen betrifft.

Die Befragungsergebnisse deuten weiter darauf hin, dass Anhängerinnen und Anhänger der Pegida-Bewegung wesentlich häufiger rechtsextremen Ideologien zustimmen als der Durchschnitt der Bevölkerung. So stimmen 81 Prozent der Befragten und damit doppelt so viel wie der Bevölkerungsdurchschnitt der Aussage zu, dass es in Deutschland ein starkes Nationalgefühl brauche. Die Zustimmung zu ausländergefeindlichen Aussagen liegt ebenfalls über dem Durchschnittsniveau. Bemerkenswert hoch erscheint zudem die Ablehnung der Etablierung von muslimischer Kultur in Deutschland und Vorbehalte gegenüber Asylsuchenden.

Zusammenfassend kommt die Studie zu dem Befund, dass es sich bei Pegida um eine stark männerdominierte Gruppe handelt, deren Anhängerinnen und Anhänger ein relativ gutes Bildungsniveau haben, kein Vertrauen in die etablierte Politik, in gesellschaftliche Institutionen und Medien besitzen und teilweise rechtspopulistische und rechtsextremistische Einstellungen vertreten. Der in der Öffentlichkeit oft anzutreffenden Behauptung, es handle sich bei Pegida mehrheitlich um „besorgte und harmlose Bürger“ wird von den Autorinnen und Autoren widersprochen (Daphi et al. 2015)²⁷.

Die Pegida-Anhängerinnen und -Anhänger kamen anfangs überwiegend aus der Mitte der Dresdner Gesellschaft, sie waren bzw. sind gebildet und materiell wie sozial gut situiert. Eine Forschergruppe um den Dresdner Politikwissenschaftler Professor Hans Vorländer hat nach Befragungen von Demonstrationsteilnehmerinnen und -teilnehmern konstatiert, dass diese mehrheitlich aus der gesellschaftlichen Mittelschicht stammen, gut ausgebildet und berufstätig sind. 38 Prozent der Befragten hatten einen Abschluss der 10. Klasse einer polytechnischen Oberschule der DDR bzw. einen Realschulabschluss. Auffällig ist eine hohe Akademikerquote. So haben 28 Prozent der Befragten einen Fachhochschul- oder Hochschulabschluss erworben. Der Anteil der Personen mit Hauptschulabschluss war hingegen mit nur fünf Prozent niedrig. Auch in dieser Untersuchung dominierten mit etwa 75 Prozent bei den Kundgebungen männliche Teilnehmer. Das Durchschnittsalter lag bei 48 Jahren, wobei die Gruppen der 40- bis 49-Jährigen und der 50- bis 59-Jährigen, aber auch jüngere Personen zwischen 20 und 29 Jahren am stärksten vertreten sind. Auffallend hoch war der Anteil derjenigen, die einer geregelten Beschäfti-

²⁵ Institut für Kommunikationswissenschaft der Technischen Universität Dresden (IfK) (23.01.2015). Welche Einstellungen führen zu Pegida? Pressemitteilung des IfK. Verfügbar unter: https://tu-dresden.de/gsw/phil/ifk/ressourcen/dateien/news/2015/PM_Pegida_2015_01_23.pdf?lang=de (Zugriff 04.05.2016)

²⁶ Daphi, P., Kocyba, P., Neuber, M., Roose, J., Rucht, D., Scholl, F., Sommer, M., Stuppert, W., & Zajak, S. (2015). Protestforschung am Limit. Eine soziologische Annäherung an Pegida. IPB-working papers

²⁷ Daphi, P., Kocyba, P., Neuber, M., Roose, J., Rucht, D., Scholl, F., Sommer, M., Stuppert, W., & Zajak, S. (2015). A. a. O.

gung nachgehen. Hinsichtlich der Berufsgruppe waren Angestellte und Arbeiter bzw. Arbeiterinnen am stärksten vertreten (47 Prozent). Mit 20 Prozent war auch der Anteil der Selbständigen bemerkenswert hoch. Die Gruppe der Erwerbslosen und Arbeitssuchenden war dagegen mit nur zwei Prozent besonders klein. Auch verglichen mit der Arbeitsmarktstatistik ist das ein sehr niedriger Wert. Das ermittelte Nettoeinkommen der Demonstrationsteilnehmenden lag etwas über dem sächsischen Durchschnitt. Personen mit einem geringen Einkommen waren bei den Kundgebungen unterrepräsentiert. Diese Daten zusammengenommen konnte die Vermutung, dass Pegida-Teilnehmerinnen und -teilnehmer vorwiegend von den sozialen bzw. sozioökonomischen Rändern der Gesellschaft kommen, begründet zurück gewiesen werden (S. 50). Die befragten Personen waren mehrheitlich konfessionslos (71,8 Prozent), weitere 21,2 Prozent ordneten sich einer evangelischen und 3,8 Prozent der katholischen Kirche zu. Damit entsprechen die Ergebnisse annähernd der Konfessionszugehörigkeit der sächsischen Bevölkerung. Bezüglich ihrer Parteizugehörigkeit gab mit 61,2 Prozent die Mehrheit der Studienteilnehmenden an, zu keiner etablierten Partei eine inhaltliche Nähe zu empfinden. Diese hohe Zahl und der ähnlich hohe Anteil der Nichtwählerinnen und -wähler bei der letzten Landtagswahl in Sachsen im Jahr 2014 sowie die erfassten Motivationen der bei Pegida Demonstrierenden, lassen darauf schließen, dass ein großer Teil von ihnen so „einen generellen Unmut darüber zum Ausdruck bringen möchte, dass man die eigenen politischen Ansichten durch die etablierten Parteien und die aus ihren Reihen rekrutierten Verantwortungsträger nicht mehr hinreichend zum Ausdruck gebracht sieht. [...] Hier können auch grundlegende Entfremdungserscheinungen gegenüber dem politischen System der Bundesrepublik als Ganzes vermutet werden“ (Vorländer et al. 2016, S. 53f.)²⁸.

Zu ähnlichen Ergebnissen gelangt eine nichtrepräsentative Analyse des Dresdner Politologen Professor Werner Patzelt im Januar 2015²⁹, die soziodemographische Merkmale, Motivationen und Einstellungen von Teilnehmenden der Pegida-Kundgebungen erhob. Danach waren die Demonstrierenden zwischen 16 und 88 Jahren alt, das Durchschnittsalter betrug 46,4 Jahre. Wie in den anderen Studien zeigte sich auch hier, dass die Demonstrantinnen und Demonstranten sich von der etablierten Politik und den Parteien mehrheitlich nicht vertreten fühlen. Diese „empfundene Repräsentationslücke“ findet sich vor allem im politisch eher rechten Spektrum bei den Personen, die ihre Hoffnungen in die AfD setzen und ihr bei kommenden Wahlen ihre Stimme geben würden (S. 23). Je weniger sich die Demonstrierenden von der etablierten Politik und den Personen, die diese repräsentieren vertreten fühlten, umso geringer war ihre Offenheit für Asylsuchende und Flüchtlinge. Je weiter sich die Befragten rechts von der politischen Mitte verorten ließen und je weniger sie sich von der etablierten Politik repräsentiert fühlten umso weniger konnten sie sich einen friedlichen Islam als zu Deutschland gehörend vorstellen. Insgesamt waren weniger als ein Drittel der Auffassung, dass ein friedlicher Islam zu Deutschland gehöre. Verbreitet unter den Teilnehmenden sei, so ein Ergebnis der Studie, ein deutscher Patriotismus, und das umso stärker, je mehr sich die Betreffenden politisch im rechten Spektrum verorten lassen. Viele fühlten sich aber auch stärker als „Europäer“, was mit einer größeren Aufnahmebereitschaft gegenüber Asylsuchenden und mit mehr Offenheit gegenüber dem Islam einherging. Charakteristisch ist weiterhin eine negative Einstellung gegenüber den öffentlichen Medien und ihrer – als verzerrt eingeschätzten – Berichterstattung.

Zwar seien Xenophobie und Islamophobie „die Kristallisationspunkte gemeinsamer Empörung von PEGIDA-Demonstrationen. Das zentrale Demonstrationsmotiv ist aber große Unzufriedenheit mit Politik und Politikern“ (S. 30). Patzelt schlussfolgert, dass hinter den erhobenen Einstellungen der Pegida-Demonstrierenden drei Einstellungskomponenten stehen: „empörte Gutwilligkeit“, „besorgte Gutwilligkeit“, und „rechtsnationale Xenophobie“ und sich ihnen entlang drei ungefähre Demonstrierendengruppen abschätzen lassen: rund ein Drittel „rechtsnationale Xenophobe“, unter zwei Dritteln „besorgte Gutwillige“ und knapp ein Zehntel „empörte Gutwillige“ (S. 30).

Die geringen Teilnehmendenzahlen bei allen Studien und Befragungen zu Pegida geben jedoch Anlass, die Umfrageergebnisse mit Zurückhaltung zu interpretieren. So gab es bei beiden Studien eine große Zahl von Personen, die nicht mitwirken wollten. Bei der Online-Befragung durch Forscher der Goethe-Universität Frankfurt am Main betrug die Rücklaufquote nur 18,4 Prozent (Daphi et al. 2015, S. 6). In der Untersuchung von Vorländer erklärten sich nur 35,9 Prozent der angesprochenen Demonstrierenden zu einer Teilnahme an der Befragung bereit (S. 27). Ob diese geringe Bereitschaft auf „eine bestimmte Motivation zur Teilnahme an Pegida oder eine

²⁸ Vorländer, H., Herold, M. & Schäller, S. (2016). Pegida. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung. Wiesbaden: Springer VS

²⁹ vgl. Patzelt, W. (2015). Was und wie denken Pegida-Demonstranten? Analyse der Pegida-Demonstranten am 25. Januar 2015, Dresden. Ein Forschungsbericht. Verfügbar unter: <https://tu-dresden.de/gsw/phil/powi/polsys/ressourcen/dateien/forschung/pegida/patzelt-analyse-pegida-2015-01.pdf?lang=de> (Zugriff 04.05.2016)

bestimmte (vielleicht gar extreme) politische Einstellung der Befragten schließen lässt“ bleibt ungeklärt (ebd., S. 37), auch aufgrund einer Vielfalt von Absageverhaltensweisen und -kontexten. Die Frankfurter Forschergruppe vermutet, dass es sich bei den Personen, die an ihrer Pegida-Befragung teilnahmen, eher um den moderaten und offeneren Teil der an der Kundgebung Teilnehmenden handelt und – beispielsweise gemessen an Auftreten und Ablehnungsverhalten – die radikaleren Demonstrierenden einschließlich Hooligans und Rechtsextremen nicht mitwirkten (Daphi et al. 2015, S. 7). Die Autoren kommen letztlich zu dem Schluss, dass es bei Pegida vielfach um „die Artikulation von ‚Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit‘ und zugespitzter, um einen kaum verhüllten Rassismus“ ginge (S. 51).

Auch in anderen Publikationen zum Phänomen Pegida wird davon ausgegangen, dass Pegida die in der Mitte der Gesellschaft bereits weit verbreiteten rassistischen und islamfeindlichen Einstellungen erst deutlich öffentlich sichtbar gemacht (Jentsch 2016, S. 38)³⁰ und gleichzeitig die Vorurteile, ablehnenden Einstellungen und gegenwärtigen Befürchtungen gegenüber Ausländern und Ausländerinnen, Flüchtlingen, Muslimen und anderen Minderheiten weiter geschürt hat. So seien die Kundgebungen „die Bugwelle mehrerer rassistischer Mobilisierungszyklen, die zum Teil bereits seit einer Dekade in Deutschland stattfinden – von diversen Anti-Moschee-Protesten seit Mitte der 2000er-Jahre, über neonazistische ‚Ausländer-Raus‘-Kampagnen bis zu lokalen ‚Nein-zum-Heim‘-Bürgerinitiativen seit 2012“. Dabei stünde Pegida als letzte in einer Reihe von Mobilisierungsversuchen, die in einem Klima stattfinden, „in dem nicht zuletzt auch von Teilen der etablierten Medien und Politik die Geflüchteten zur Bedrohung erklärt werden – und in einer aufgeheizten Stimmung, die zu rassistischer Gewalt und Anschlägen auf Unterkünfte anstachelt (ebd., S. 39).

Die Kundgebungen waren und sind demzufolge ein idealer Nährboden für rechtspopulistisches, rechtsextremes, ausländer- und islamfeindliches Gedankengut. Es folgten Gruppen in sozialen Medien, Demonstrationen und lokale Bürgerversammlungen mit hunderten aufgebrachten Anwohnerinnen und Anwohnern an Orten, an denen Unterkünfte für Asylsuchende entstehen sollte (Heinrich-Böll-Stiftung 16.01.2015)³¹, das sowohl in Dresden als auch über die Stadtgrenzen hinaus. So kam es beispielsweise in Heidenau im August 2015 zu Demonstrationen und massiven Ausschreitungen zwischen Demonstrierenden und der Polizei vor einem als Flüchtlingsunterkunft geplanten Gebäude. Nach einem Bericht der Sächsischen Zeitung wurde die Demonstration von Mitgliedern der rechtsextremen NPD organisiert (Zeit online vom 21.08.2015)³². Zudem waren von Beginn der Dresdner Pegida-Demonstrationen – nicht nur in Dresden, sondern auch bei Veranstaltungen in anderen Regionen Sachsens und der Bundesrepublik – ebenfalls regelmäßig organisierte Neonazis unter den teilnehmenden Personen, die versuchten, „mit der erfolgreichen Mobilisierungsmarke Pegida aus ihrer politischen Isolation zu kommen“ (Peter Reif-Spirek, Vizechef der Thüringer Landeszentrale für Politische Bildung in der Stuttgarter Zeitung 11.02.2015; Download 20.4.2016) und die Bewegung zunehmend mit beeinflussten. Die Einladung des niederländischen Rechtspopulisten Geert Wilders im April 2015 markiert den Beginn einer zunehmenden Radikalisierungsphase und eines (versuchten) Schulterschlusses mit neurechten Bewegungen in ganz Europa (SLPB 03.02.2016)³³.

Zunehmend wurde auch von einem rechtspopulistischen Charakter der Pegida-Demonstrationen gesprochen. Zum Populismus gehört per Definition „erstens der Bezug auf das ‚Volk‘, das als Einheit verstanden wird, zweitens der Rekurs auf das Unmittelbare, womit eine Ausblendung von Komplexität und Vermittlung erfolgt, drittens die Anlehnung an den Alltagsdiskurs, also an real existierende diffuse Einstellungen und Vorurteile, und viertens die Bildung von konfrontativen Identitäten, die in einem ‚Wir‘ gegen ‚die Anderen‘ bestehen“ (Pfahl-Traughber, 17.02.2016)³⁴. Diese Charakteristika lassen sich bei Pegida ausmachen. Die Redeführer und Demonstrierenden beanspruchen mit der Parole „Wir sind das Volk“, für alle Einwohnerinnen und Einwohner zu sprechen oder gar

³⁰ Jentsch, U. (2016): Jeden Montag Deutschland retten - PEGIDA und Co. verändern das politische Klima. In Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.), Ideologien der Ungleichwertigkeit. S. 37-44

³¹ Heinrich-Böll-Stiftung (16.01.2015). Pegida – ein Aufstand von rechts. Verfügbar unter: <https://www.boell.de/de/2015/01/16/pegida-ein-aufstand-von-rechts>. (Zugriff 30.4.2016)

³² Die Zeit (21.08.2015). Demonstranten blockieren Flüchtlingsunterkunft. Verfügbar unter: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-08/heidenau-fluechtlingslager-proteste> (Zugriff am 30.04.2016).

³³ Sächsische Landeszentrale für politische Bildung (03.02.2016). Buchvorstellung: PEGIDA - Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung. Verfügbar unter: http://www.slpb.de/blog/buchvorstellung-pegida-entwicklung-zusammensetzung-und-deutung-einer-empuerungsbewegung/?tx_news_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx_news_pi1%5Baction%5D=detail (Zugriff 03.05.2016)

³⁴ Pfahl-Traughber, A. (17.02.2016). Pegida – eine Protestbewegung zwischen Ängsten und Ressentiments (II). In Dossier Rechtsextremismus der Bundeszentrale für politische Bildung. Verfügbar unter: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/218681/-pegida-eine-protestbewegung-zwischen-aengsten-und-ressentiments-ii> (Zugriff 09.05.2016)

das Volk zu sein, allerdings ohne eine entsprechende Legitimation vorweisen zu können. Zudem belegen Umfragen wie auch Gegendemonstrationen, dass ein großer Teil der Bevölkerung die Ansichten von Pegida nicht teilt. Eine tiefere Bearbeitung der zentralen Themen Asyl und Flucht findet nicht statt, und auch Lösungen für bestehende Probleme kann Pegida nicht bieten. Bestehende Vorurteile und fremdenfeindliche Ressentiments werden auf den Kundgebungen aufgegriffen. Viertens lässt sich eine Polarisierung zwischen „wir Deutschen“ gegen klare Feindbilder, etwa die „Politik“, die „Lügenpresse“, die „Asylmissbraucher“ oder „Europa“ konstatieren. Mit ihrem „moralischen Alleinvertretungsanspruch“ sind populistische Bewegungen wie Pegida klar antidemokratisch und auch antipluralistisch, da sie die „Repräsentation des ‚wahren Volkes‘ instrumentalisieren, um demokratische Institutionen (...) zu diskreditieren“ (Müller 2016, S. 19)³⁵.

Untersuchungen jüngerer Datums deuten außerdem darauf hin, dass die Pegida-Bewegung und ihre regelmäßigen Aufmärsche bei gleichzeitigem Sinken der Teilnehmendenzahl zunehmend radikaler und aggressiver wurden. Eine Studie der Technischen Universität Dresden zum Phänomen Pegida kommt zu dem Schluss, dass der Anteil von Rechtsradikalen an den Aufmärschen über 19 Prozent beträgt, der von Rechtsextremisten etwa sechs Prozent (Patzelt 2016)³⁶. Insbesondere unter den jüngeren Teilnehmern und Teilnehmerinnen gebe es inzwischen ein größeres Ausmaß an Radikalität und auch eine höhere Bereitschaft, Gewalt als Mittel zu akzeptieren und mitmarschierende Rechtsextremisten zu tolerieren. Auch sei es selbstverständlicher geworden, sich „klar xenophob und islamophob“ zu äußern. Da sich viele von jeglicher sozialer Kontrolle befreit fühlen würden, käme es oft zu besonders radikalen, menschenverachtenden oder Gewalt verherrlichenden Äußerungen, die klar menschenfeindlich sind. Die von Pegida-Demonstrierenden gezeigten Galgen für die Kanzlerin Angela Merkel und den Minister Sigmar Gabriel sind Beispiele der menschenverachtenden Ideologie und Symbolik von Pegida.

Auch die von Pegida von ihrem historischen Kontext entkoppelte Parole „Wir sind das Volk“ deutet auf rassistische, nationalistische und ausgrenzende Positionen der Protestierenden hin. Die Formulierung verweist nicht nur auf den Anspruch von Pegida, Sprachrohr aller Deutschen zu sein, sondern auch auf die Haltung, dass Andere nicht zum Volk gehören und für sie kein Platz in der „nationalen Gemeinschaft“ ist. Darunter fallen insbesondere Migranten und Migrantinnen, Menschen mit anderer ethnischer und kultureller Herkunft, aber auch Andersgläubige und Andersdenkende, an die sich die ausgrenzende Botschaft richtet. „Hier offenbart sich ein rassistischer Volksbegriff, der auf ethnische Reinheit zielt, der keine Vielfalt duldet und – früher die Juden, heute die Muslime – Minderheiten ausschließen will“ (Piper 16.02.2015)³⁷. Eine neue Studie des Kulturbüro Sachsen e. V. (2016) kommt ebenfalls zu dem Schluss, dass Pegida – zunächst „als Teil einer konformistischen Rechten“ aufgetreten, zunehmend einen „rassistischen und völkischen“ Charakter entwickelte und regelmäßig NPD-Kader, verurteilte Gewaltstraftäter sowie Hooligans der rechten Szene, die sich auch an rassistisch motivierten Ausschreitungen in der Umgebung von Dresden beteiligt hatten, anwesend waren. Außerdem könne Pegida als „ein Katalysator für den sprunghaften Anstieg der Gewalt gegen Geflüchtete in Sachsen“ angesehen werden und zahlreiche Menschen motiviert und politisiert haben, sich an anderen rassistischen Gruppen oder Aktivitäten zu beteiligen (S. 22ff.)³⁸.

Betont werden muss in diesem Zusammenhang, dass Rassismus als ein hochkomplexes Phänomen nicht nur in der Bevölkerung verbreitet ist, sondern auch in Strukturen und Prozessen von Organisationen und Institutionen in Erscheinung tritt (strukturelle Diskriminierung), sich hier jedoch oft viel subtiler, für die Betroffenen aber nicht weniger diskriminierend und benachteiligend präsentiert.

2.2 Pegida - warum in Dresden und Sachsen?

Da in keiner anderen deutschen oder europäischen Stadt vergleichbare Demonstrationen einen so großen Zulauf erzielen konnten wie Pegida in Dresden stellte sich die Frage, warum gerade in der sächsischen Landeshauptstadt eine so große und kontinuierlich demonstrierende Anhängerschaft aktiviert werden konnte. Mittlerweile existieren zahlreiche Erklärungsversuche zu den Entstehungshintergründen, Ursachen und Mobilisierungserfol-

³⁵ Müller, J.-W. (2016). Was ist Populismus? Ein Essay. 2. Auflage. Berlin: Suhrkamp

³⁶ Patzelt, W. (2016). „Rassisten, Extremisten, Vulgärdemokraten!“ Hat sich Pegida radikalisiert? Januar 2015 – Januar 2016: Ein Jahr Pegida im Vergleich. Verfügbar unter: <https://www.docdroid.net/M5uwYZS/pegida-studie-januar-2016-finale-ppt.pdf.html> (Zugriff 09.05.2016).

³⁷ Piper, E. (16.02.2015). „Wir sind das Volk“. Vom Ruf nach Freiheit zur Hassparole. Verfügbar unter: http://www.deutschland-radiokultur.de/wir-sind-das-volk-vom-ruf-nach-freiheit-zur-hassparole.1005.de.html?dram:article_id=311714 (Zugriff 11.05.2016).

³⁸ Kulturbüro Sachsen e. V. (2016). Sachsen rechts unten 2016. Verfügbar unter: http://www.kulturbuero-sachsen.de/images/PDF/sachsen_rechts_unten_2016_web.pdf (Zugriff 20.07.2016)

gen. In der Gesamtbetrachtung wird deutlich, dass das oft zur Erklärung menschenfeindlichen Verhaltens herangezogene Konzepte aus dem Bereich der Vorurteilsforschung hier zu kurz greift. Stattdessen scheint Pegida ein hochkomplexes Bedingungsgefüge zu Grunde zu liegen, das sich aus gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen, individuellen und biografischen Erfahrungen und Voraussetzungen sowie spezifischen örtlichen bzw. lokal-historischen Gegebenheiten zusammensetzt.

So wird in diesem Zusammenhang immer wieder auf ostdeutsche und vor allem Dresden-spezifische Besonderheiten verwiesen, die die Genese einer solchen Bewegung begünstigt haben. Vorländer et al. (2015) machen dafür insbesondere zwei politisch-kulturelle Erklärungszusammenhänge verantwortlich: Danach lässt sich zum einen für Sachsen eine spezifische Mentalität und politische Deutungskultur beobachten, die durch ein starkes Traditionsbewusstsein charakterisiert ist. Sie beruht wesentlich auf einer langen Geschichte politischer Autonomie, einer Tradition sächsischer Kunst „und (höfischer) Prachtentfaltung sowie dem ‚Erfindergeist‘ seiner Ingenieure“. Ein auf dieser Basis entstandener ‚starker Jandsmannschaftlicher Zusammenhalt‘ bringt eine besondere Tendenz zu kollektiver Selbstbezogenheit und Eigensinn hervor“ (S. 143). Da diese Identität auch während der DDR-Zeit weiter gepflegt werden konnte, habe dies das Bestehen „einer gewissen inneren Distanz“ zu den Machthabern begünstigt. Dieses Empfinden sei durch die im Jahr 1989 erreichte politische Selbstbestimmung noch gefestigt und in den darauffolgenden Jahren sozioökonomischer Umbrüche „durch eine [...] Politik der sächsischen Selbstbehauptung und des bewusst zur Schau gestellten Stolzes auf die eigene Vorreiterrolle in der ökonomischen, gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklung in Ostdeutschland weiter befördert“ worden (S. 144).

Die scheinbare Bereitschaft, fremdenfeindliche Einstellungen, die in mehreren Erhebungen bei etwa einem Drittel der an der Demonstration Teilnehmenden beobachtet werden konnten, öffentlich zu äußern, aber auch das Zurschaustellen von Ressentiments gegenüber den fremd empfundenen politischen und medialen Etablierten könnten folglich „als Ausweis eines besonders unverhohlenen gepflegten ethnokulturellen Zentrismus interpretiert werden – eine Art „sächsischer Chauvinismus“, der mit der Selbstüberhöhung der eigenen Gruppe und einer starken Setzung von ‚Etabliertenvorrechten‘³⁹ einhergeht“ (S. 144).

Zum anderen sei Dresden ein auch medial eindrucksvoller Ort für jegliche Art von Demonstrationen und habe bereits lange vor Pegida als Austragungsort für regelmäßige Aufmärsche einer europaweit aktiven Neonaziszene gedient, etwa im Zuge des jährlich am 13. Februar stattfindenden Gedenktags an die Zerstörung der Stadt durch die Alliierten im Zweiten Weltkrieg. Gleichzeitig hätten die Einwohnerinnen und Einwohner Dresdens jahrzehntelang ein Bild der Stadt aufrechterhalten, was diese als Opfer von unverschuldeten Umständen darstellt. Damit sei einerseits die eigene nationalsozialistische Stadtgeschichte negiert, andererseits eine Idee der Wiederherstellung des früheren städtebaulichen Glanzes gezeichnet worden und somit ein die DDR-Zeit überdauernder „Kokon nostalgischer Idealisierung“ entstanden. „Aus diesen prägenden Konstellationen resultiert ein – für Dresden typischer – deutungskultureller Konservatismus, der sich der Hervorhebung und Bewahrung eigener Kultur, Tradition und Identität verpflichtet sieht, der zugleich aber auch starke Abwehrreflexe gegen vermeintliche Gefahren oder Bedrohungen dieser „Heile-Welt-Nostalgien“ produziert (S. 145). Die Folgen der weltweiten Globalisierung, aktuelle Migrations- und Flüchtlingsbewegungen sowie Ereignisse islamistischen Terrors würden vor diesem Erfahrungshintergrund als unmittelbare Bedrohungen interpretiert.

Dass Ängste und Bedrohungsgefühle zentrale Motivationsvariablen für die mit Pegida-Sympathisierenden sind wird auch in anderen Analysen und Schriften betont. Dr. Joachim Klose (2015) macht die Angst der Einwohnerinnen und Einwohner, zu den Verlierern der gegenwärtigen asymmetrischen gesellschaftlichen Veränderungsprozesse zu gehören, mit verantwortlich für ihren bei Pegida geäußerten Protest. Die ostdeutsche Bevölke-

³⁹ Auch die Studie ZuGleich, dem repräsentativen Nachfolgeprojekt zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, erhebt Einstellungen, Meinungen, Gefühle und Vorstellungen von Bundesbürgerinnen und -bürgern gegenüber Gruppierungen, die in der Gefahr stehen, diskriminiert zu werden. Das sozialwissenschaftliche Konzept der Etabliertenvorrechte, das ein Ansatz für die Erklärung von sozialer Gleichwertigkeit bzw. Ungleichwertigkeit ist, wurde hier erweitert und als allgemeine Grundhaltung im Umgang mit ‚den Neuen‘ im vertrauten Umfeld verstanden. Die diesbezüglichen Umfrageergebnisse zeigen, dass etwa jeder dritte Bundesbürger bzw. jede dritte Bundesbürgerin die Auffassung vertritt, Alteingesessene, die ‚zuerst da waren‘, hätten Vorrang bei der Befriedigung ihrer Bedürfnisse gegenüber Neuhinzugekommenen, die sich gedulden sollten und nicht „auf eine Zufriedenheitsgarantie hoffen dürften“ (Zick & Preuß 2014, S. 22). Jede sechste Person ist der Meinung, Personen, die neu in einem Umfeld sind, seien unberechtigt „Ansprüche zu erheben“ und hätten sich zurück zu halten, „wenn es nicht für alle reicht“ (ebd.). Allerdings sind auch etwa 85,3 Prozent der Befragten der Meinung, es sollten die gleichen Rechte für alle gelten, unabhängig von ihrer Anwesenheitsdauer. Die sogenannten Etabliertenvorrechte befürworten vor allem Männer, Personen, die über 61 Jahre alt sind sowie Befragte mit eher niedrigem Bildungsniveau (Zick & Preuß 2014, S. 22).

rung sei in Sorge, einen nach der politischen Wende mühsam erarbeiteten Lebensstandard nicht halten zu können. Diese Angst werde durch aktuelle, die persönliche Wahrnehmung der Menschen prägende Krisen wie die Finanzkrise, die internationalen Konflikte in der Ukraine und im Nahen Osten sowie eine zunehmende Kriminalität im grenznahen Raum in Sachsen noch verstärkt. Die sächsische Landeshauptstadt sei nun besonders prädestiniert, der „Krisenstimmung Anknüpfungspunkte zu bieten“. Zwar seien nach 1990 öffentliche und private Gelder in großem Umfang nach Dresden geflossen, allerdings sei der materielle Wohlstand in der Bevölkerung sehr ungleich verteilt. Zahlreiche Haushalte, insbesondere in den prekären Plattenbausiedlungen, sind überschuldet. Es gibt ein starkes Wohlstandsgefälle zwischen den Alteingesessenen und den Neuhinzugezogenen, darunter sehr viele Westdeutsche, die sich eher auf einer oberen gesellschaftlichen Ebene bewegen. Dass nun Migrantinnen und Migranten die Aufmerksamkeit und Zuwendung der Öffentlichkeit erfahren, nicht aber die benachteiligten bzw. sich als benachteiligt wahrnehmenden Ostdeutschen, wird von diesen als eine erneute Zurücksetzung interpretiert. Dabei erzeuge selbst eine nur geringfügige Zuwanderung Neid sowie neue Verunsicherungen und Ängste. Vor dem Hintergrund kann die im Kontext der Pegida-Proteste geführte Asyldebatte eher als „eine Art Katalysator für eine bisher übersehene, tief empfundene Krisenstimmung“ der Dresdner Bevölkerung gesehen werden (S. 120)⁴⁰. Ältere Studien, die sich mit Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit befassen, können als Beleg dieser These dienen. So zeigt beispielsweise eine Analyse zu „abwärtsdriftender Regionen“ und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (Hüpping & Reinecke 2007)⁴¹, dass die regional unterschiedlichen Niveaus an menschenfeindlichen Einstellungen mit sozialen Problemlagen in Zusammenhang stehen, von denen ostdeutsche Bundesländer stärker betroffen sind. Phänomene wie Überalterung, Arbeitslosigkeit, Existenzängste der Bevölkerung verstärken Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Insbesondere nimmt mit den aus diesen sozialen Problemlagen resultierenden subjektiven Gefühlen von Entfremdung, Orientierungs- und Machtlosigkeit sowie Handlungsunsicherheit – oft als „Anomia“ bezeichnet – „die Feindseligkeit gegenüber Gruppen „von Außen“, den Fremden, zu und bereitet damit den Nährboden für (rechts-)populistisches Potential (Hüpping 2005, S. 11)⁴². Dies mag noch dadurch verstärkt werden, dass Arbeitslosigkeit nicht zu gewohnten Erscheinungsformen und Erfahrungen in Ostdeutschland gehörten und auch Armut (oder die Angst davor) kaum eine Rolle spielte. Einerseits war der ostdeutschen Bevölkerung der Zugriff auf gewisse Ressourcen und vor allem materielle Güter zwar erschwert oder auch verwehrt, andererseits war die soziale Ungleichheit in der DDR nur schwach ausgeprägt und kaum jemand hatte dramatisch weniger Ressourcen zur Verfügung als seine Mitmenschen (vgl. Bertelsmann Stiftung 2014, S. 54)⁴³.

Immer wieder wird auch betont, dass ein spezifischer Dresdner Opfermythos zum Erstarken der Pegida-Bewegung beitragen konnte. Die Bombardierung Dresdens am 13. Februar 1945 durch Alliierte, bei der etwa 25.000 Menschen starben, hat nicht unerhebliche Spuren im kollektiven Gedächtnis der Stadtbevölkerung hinterlassen. Viele Einwohnerinnen und Einwohner fühlen sich immer noch als Opfer eines bis heute nicht geahndeten Kriegsverbrechens, und bis heute wird über den richtigen Umgang mit diesem Datum diskutiert. Die Zerstörung Dresdens wurde über Jahrzehnte hinweg instrumentalisiert: die zunächst von der NS-Propaganda und später von der SED betonte Dresdner Opferrolle machte es möglich, sich einer Auseinandersetzung mit der eigenen nationalsozialistischen Geschichte – zum Teil bis heute – zu entziehen (vgl. Herrmann 2015, S. 7)⁴⁴. Von Rechtsextremen wurde der Opfermythos hingegen genutzt, um Dresden und die deutsche Bevölkerung als unschuldige Opfer insbesondere der Amerikaner darzustellen und regelmäßig jährliche Aufmärsche zu organisieren, bei denen rassistische und fremdenfeindliche Ideologien verbreitet wurden. Dem haben Politik und Zivilgesellschaft Dresdens lange Zeit nicht wirkungsvoll entgegenreten können. Ähnlich bedient nun Pegida den Dresdner Opfermythos. So sehen sich viele Dresdnerinnen und Dresdner, die mit Pegida sympathisieren, angesichts der Kritiken und Vorwürfe aus ganz Deutschland und insbesondere auch aus den westlichen Bundesländern in ihrer

⁴⁰ Klose, J. (2015). Das Pegida-Syndrom. Versuch eines differenzierten Blicks. *Die politische Meinung* 60 (531), S. 119-123

⁴¹ Hüpping, S. & Reinecke, J. (2007). Abwärtsdriftende Regionen. Die Bedeutung sozioökonomischer Entwicklungen für Orientierungslosigkeit und Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. In W. Heitmeyer (Hrsg.), *Deutsche Zustände*. Folge 5. Frankfurt a. M.: Suhrkamp. S. 77-101

⁴² Hüpping, S. (2005). Anomia. Unsicher in der Orientierung, sicher in der Abwertung. In W. Heitmeyer (Hrsg.), *Deutsche Zustände*. Folge 4. Thematische Einzelanalysen in 2005). Frankfurt a. M.: Suhrkamp. S. 86-100

⁴³ Bertelsmann Stiftung (2014). Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt. Verfügbar unter: http://www.gesellschaftlicher-zusammenhalt.de/fileadmin/Inhalte/Radar_Deutschlandstudie_2014_web.pdf (Zugriff 18.07.2016)

⁴⁴ Herrmann, D. (14.01.2015). Warum gerade Dresden? Verfügbar unter: <https://www.boell.de/de/2015/01/14/dresden-staat-zivilgesellschaft-pegida> (Zugriff 19.05.2016).

Opferrolle erneut bestätigt (ebd.). Die Pegida-Bewegung beklagt, für die von ihr vertretenen Positionen zu Unrecht in „eine rechte Ecke“ gestellt oder als nazistisch bezeichnet zu werden. Dass aus Pegida-Sicht die „rhetorische Figur der „Nazikeule““ regelmäßig von Vertretenden einer Gegenbewegung als Einschüchterungsmittel oder zu einem moralischen Apell herangezogen wird, bestätigt die Pegida-Demonstrierenden bzw. die mit Pegida Sympathisierenden nicht nur in ihrer Opferrolle, sondern bildet darüber hinaus auch das „Fundament einer intellektuellen Täter-Opfer-Umkehr“ (Lobo 11.11.2015)⁴⁵.

Einiges deutet darauf hin, dass enttäuschte Erwartungen, Unzufriedenheit und eine nachhaltige Identitätskrise der ostdeutschen Bevölkerung nach dem Ende der DDR mit zum Erfolg von Pegida beigetragen haben. Massen- und Langzeitarbeitslosigkeit, eine Entwertung ihrer Biografien und Kultur und daraus resultierende Enttäuschungen, Frustrationen und Überforderungsgefühle prägen noch immer das Leben zahlreicher Ostdeutscher. Gerade in Sachsen wurde die neue politische, wissenschaftliche, mediale und kulturelle Elite nach der Wiedervereinigung zu einem wesentlichen Teil nicht mehr von der alteingesessenen Bevölkerung, sondern in hoher Zahl von neu zugezogenen Westdeutschen gestellt, die gerade auch in Dresden zentrale Schlüsselpositionen in der Verwaltung, den Ministerien und Unternehmen besetzten. So sei der Eindruck entstanden, die von den westliche Bundesländern übernommenen Institutionen seien nicht die eigenen und würden von ortsfremden Personen gelenkt, die andere Sozialisierungen und Lebensmuster vermitteln (Vorländer et al. 2016, S. 132). Der „umfassende Elitewechsel“ zugunsten Westdeutscher, die komplette „Reorganisation von Machtstrukturen“ – für viele Ostdeutsche mit Verlusten verbunden – und die teils „schwierige(n) Einpassung ostdeutscher Biografien in westdeutsche Bewährungs- und Aufstiegsschemata“ haben dazu geführt, dass die einheimische Bevölkerung lange nur sehr geringe politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Einflussmöglichkeiten hatte (Patzelt & Klose 11.05.2015)⁴⁶, was zu erheblichen Empörungen sowie Erfahrungen von Herabwürdigung, Kränkung, Demütigung und Ausgrenzung geführt haben mag. Vor dem Hintergrund dieser Ausgrenzungserfahrungen spiegelt die Teilnahme an Kundgebungen von Pegida auch ein „Bedürfnis nach Zusammenhalt“ wider (Unzicker 2016, S. 194)⁴⁷. Die kollektive Erinnerung an die gemeinschaftlich eingeleitete Wende von 1989 und das Aufbegehren gegen „die oben“ oder auch gegen „die Neuen“ oder „die Anderen“ lässt sich somit auch als Ergebnis der Suche nach Bindung, Zugehörigkeit, Teilhabe und Bestätigung infolge der Entwertung von Biografien, des Brüchigwerdens von sozialen Netzwerken, gemeinsamen Verbindlichkeiten und tradierten Anerkennungsmodi interpretieren.

Dazu kommt ein in Sachsen deutliches Stadt-Land-Gefälle, was sich auch in den unterschiedlichen politischen Kulturen widerspiegelt. Die Großstädte Dresden und Leipzig haben sich zu wichtigen Wirtschafts-, Industrie- und Wissenschaftsstandorten entwickelt, die auch zahlreiche neue Bewohnerinnen und Bewohner, darunter viele jüngere, gebildete und besserverdienende, angezogen haben. Demgegenüber steht der strukturschwache ländliche Raum, wo hohe Arbeitslosenquoten, die Abwanderung der jüngeren Bevölkerung, defizitäre Infra- und Dienstleistungsstrukturen sowie fehlende Perspektiven der verbleibenden Personen erhebliche Probleme darstellen. Viele der dort Lebenden machen die etablierte Politik für ihre unbefriedigende Situation verantwortlich und stellen daher einen Großteil der bei Pegida-Demonstrierenden. Dazu kommt, dass sich an den parallel zu Pegida stattfindenden Gegendemonstrationen ein hoher Anteil Westdeutscher beteiligt, „was das Feindbild des bevorzugen „Besserwissis“ bestätigt und eine Trotzreaktion hervorruft“ (s. a. SLPB 03.02.2016, a. a. O.).

Der Politikwissenschaftler Professor Klaus Schroeder macht ebenfalls Ost-West-Differenzen und hier vor allem Sozialisationsunterschiede mit verantwortlich für die starke Mobilisierungskraft von Pegida wie auch für ausländerfeindliche Einstellungen in Ostdeutschland. Wesentlicher Inhalt der in der DDR von den damals Herrschenden geprägten Sozialisation sei es gewesen, die Herausbildung von Individualität zu hemmen und zur Kollektivität zu erziehen, wo der Einzelne sich der Gemeinschaft und der Obrigkeit unterzuordnen hatte und Abweichungen sowie ein Anderssein kaum toleriert wurden. Als anders galten in der DDR auch die wenigen damals dort lebenden ausländischen Personen, vorwiegend Vertragsarbeiter und Vertragsarbeiterinnen aus Mosambik und Vietnam. Schon in der Endphase der DDR und in den Umbruchjahren habe es vor allem in Sachsen eine

⁴⁵ Lobo, S. (11.11.2015). S.P.O.N. - Die Mensch-Maschine: Immer her mit der Nazikeule. Verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/internet-kommentare-immer-her-mit-der-nazikeule-kolumne-a-1062231.html> (Zugriff 19.05.2016).

⁴⁶ Klose, J. & Patzelt, W. (11.05.2015). Die Ursachen des Pegida-Phänomens. Frankfurter Allgemeine Zeitung. Verfügbar unter: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/warum-sich-die-pegida-protestbewegung-hartnaeckig-haelt-13585583.html> (Zugriff 03.05.2016)

⁴⁷ Unzicker, K. (2016). Mit Zumutungen umgehen – Zusammenhalt wahren. In Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Vielfalt statt Abgrenzung. Wohin steuert Deutschland in der Auseinandersetzung um Einwanderung und Flüchtlinge? Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung. S. 193-216

ausländerfeindliche und teilweise auch gewaltbereite fremdenfeindliche Szene gegeben. Auch der radikale soziale Wandel nach dem Systemumbruch, wo viele Menschen aus ihren vertrauten sozialen Milieus und planbaren Lebensverläufen herausgerissen wurden, alte Sicherheiten wie auch Autoritäten und Vorbilder verschwanden und Leerstellen hinterlassen haben, hätte die Verbreitung fremdenfeindlicher Ressentiments und die Mobilisierungskraft einer Protestbewegung wie Pegida begünstigt. Dazu käme, dass das zivilgesellschaftliche Engagement in Ostdeutschland noch nicht so ausgeprägt sei wie in den westlichen Bundesländern und leichter „vom Mob niedergedrückt“ werden konnte (Schroeder 26.12.2015)⁴⁸. Tatsächlich hat es in anderen Städten, insbesondere in den westdeutschen Bundesländern stärkere Proteste und Gegendemonstrationen bei Pegida-ähnlichen Veranstaltungen gegeben als in Dresden.

Auch Hilsberg (2015) verweist auf spezifische Sozialisationserfahrungen und Prägungen der Menschen in Ostdeutschland, die zur Herausbildung einer „Opfer- und Verdrängungsidentität“ geführt hätten. Die DDR-Bürgerinnen und Bürger hätten ihren Staat für die alltäglich erlebten Missstände verantwortlich gemacht und sich „nicht als handlungsfähige Subjekte, sondern als rein Betroffene, als Opfer“ wahrgenommen. Über einen eigenen Gestaltungsspielraum, der ihnen nicht existent erschien, hätten sie nicht nachgedacht und sich stattdessen in nischenhafte private Rückzugsräume geflüchtet. Dieser Rückzug sei ein bewusstes „aktives, selbstverantwortetes Nachgeben“ auf einen empfundenen Anpassungsdruck gewesen und stehe mit der heutigen politischen Enthaltsamkeit sowie der Idealisierung bzw. dem Wunsch nach einer staatlichen Autorität in Verbindung. Die Aufarbeitung dieser Prägungen sei langwierig und andauernd, und auch die Demokratie im Sinne eines aktiven, selbstbewussten Tuns hätten sich die Ostdeutschen noch nicht hinreichend angeeignet. Stattdessen „regiert eine vornehme, altmodische Zurückhaltung gegenüber parteilichem Engagement“. Entwicklungen, d. h. die Stärkung von Demokratie und demokratischem Handeln müssen mit dem Bearbeiten und Aufbrechen dieser tradierten gesellschaftlichen und mentalen Muster einhergehen (S. 112 ff.)⁴⁹. Auch in der von Vorländer et al. (2016)⁵⁰ vorgelegten Pegida-Studie kamen bei den Befragten ein vereinfachtes, wenig komplexes und technokratisches Verständnis von Demokratie sowie ein geringes Wissen um die Zeitintensität und Kompromissbedürftigkeit von demokratischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen zum Ausdruck (vgl. S. 110).

Klose & Patzelt (2015) erklären die Mobilisierungskraft von Pegida u. a. auch mit den hier starken, kontinuierlichen Gegenreaktionen und -aktionen. So habe die Stadt Dresden „im Zug der Rückeroberung des Gedenkens an seine Zerstörung aus der Besetzung durch Rechtsextremisten ein besonders sensibles Anti-rechts-Netzwerk entwickelt“. Dieses sei sofort auf die Bewegung „angesprungen“, habe aber nicht nur Rechtsextreme und Neonazis, sondern auch „normale Leute“ attackiert und somit, quasi als Gegenreaktion, weiteren Zulauf erzeugt (Frankfurter Allgemeine Zeitung 11.05.2015, S. 13)⁵¹.

Geiges et al. schätzen (2015) ein, dass es die „mitunter despektierlichen Äußerungen der politischen Eliten“ über die Demonstrierenden waren, die zum rasanten Wachstum der von Pegida – zumindest bis Anfang 2015 – führten. So wurden die Organisatoren von – zudem überwiegend westdeutschen – Politikerinnen bzw. Politikern als „Rattenfänger“⁵², „komische Mischpoke“⁵³ und „Neonazis in Nadelstreifen“⁵⁴ betitelt. Insbesondere hätten auch die Reaktionen der bundesdeutschen Staatsoberhäupter ostdeutscher Herkunft die Dresdnerinnen und Dresdner auf die Straße getrieben, etwa die Warnung der Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich ihrer Neujahrsanspra-

⁴⁸ Schroeder, K. (26.12.2015). Im Osten wird die Zivilgesellschaft vom Mob niedergedrückt. Die Welt. Verfügbar unter: <http://www.welt.de/debatte/kommentare/article150324244/Im-Osten-wird-die-Zivilgesellschaft-vom-Mob-niedergedrückt.html?config=print> (Zugriff 03.05.2016)

⁴⁹ Hilsberg, S. (2015). Herrliche Tage waren das! In E. Jesse & T. Schubert (Hrsg.), *Friedliche Revolution und Demokratie. Perspektiven nach 25 Jahren*. Berlin: C. Links Verlag, 103-118

⁵⁰ Vorländer, H., Herold, M. & Schäller, S. (2016). *Pegida. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung*. Wiesbaden: Springer VS

⁵¹ Klose, J. & Patzelt, W. (11.05.2015). Die Ursachen des Pegida-Phänomens. Frankfurter Allgemeine Zeitung. Verfügbar unter: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/warum-sich-die-pegida-protestbewegung-hartnaeckig-haelt-13585583.html> (Zugriff 03.05.2016)

⁵² Interview mit Hannelore Kraft in der Bild-Zeitung (18.12.2014). In: Poensgen, P. *Pegida-Demos sind Bühnen für Rattenfänger*. Verfügbar unter: <http://www.bild.de/regional/duesseldorf/hannelore-kraft/bezieht-stellung-39022474.bild.html> (Zugriff: 11.05.2016)

⁵³ Cem Özdemir in der Talksendung *Maybrit Illner* am 11.12.2014. Verfügbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=PkN4C7FhMio> (Zugriff: 12.05.2016)

⁵⁴ NRW-Innenminister Ralf Jäger, o. V., NRW-Innenminister nennt Initiatoren »Neonazis in Nadelstreifen«. Zeit Online, 11.12.2014, Verfügbar unter: www.zeit.de/politik/deutschland/2014-12/innenminister-strategie-salafisten (Zugriff am 12.05.2016)

che, dass bei Pegida „Kälte“, „Vorurteile“ und „Hass“⁵⁵ dominierten. Die „zum Teil aus Unwissenheit und Desinteresse, aber auch unter dem lokalen Druck der medialen Aufmerksamkeit für einen Lokalprotest entstandenen Schmähungen“ hätten die Dresdner zahlreich zu Solidaritätsbekundungen mit Pegida animiert bzw. dazu, sich bei Kundgebungen selbst ein Bild zu machen (S. 25)⁵⁶.

Nicht unumstritten ist die These, dass es in der vergleichsweise evangelikal geprägten Kirche Sachsens große ideologische Schnittmengen und Sympathie mit Pegida gibt. Tatsächlich existiert in Sachsen eine starke evangelikale Bewegung, eine besonders konservative Gruppierung von Angehörigen verschiedener protestantischer Konfessionen, die in den strukturschwachen Regionen des südwestlichen Sachsens besonders ausgeprägt ist. Die Bedeutung Sachsens als Zentrum der Evangelikalen beruht u. a. auch auf dem früheren Widerstand sächsischer Christinnen und Christen gegen die SED-Herrschaft, was insbesondere im Erzgebirge und im Vogtland zu einer verstärkten konservativen Religiosität geführt hat (Thiessen 2015, S. 152)⁵⁷.

Eine im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung durchgeführte Studie kommt zu dem Schluss, dass die Anschauungen sowie die Bestrebungen dieser Strömung, ideologischen und politischen Einfluss zu nehmen, nicht in Einklang mit unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen und teils fundamentalistischen Charakter hätten. So vertrete die Gruppierung offen homophobe und islamfeindliche Positionen, stelle sich gegen die Gleichheit und Gleichberechtigung von Mann und Frau und rechtfertige ihre Ideologien der Ungleichwertigkeit mit dem christlichen Glauben (Stange 2014, S. 41)⁵⁸. Übereinstimmungen mit den bei Pegida wie auch innerhalb der AfD vorgebrachten rechtspopulistischen Einstellungen zeigen sich dabei deutlich, etwa wenn Gender-Mainstreaming und Selbstbestimmungsrechte von Frauen kritisiert, homosexuelle Lebensgemeinschaften diskriminiert, patriarchale Gesellschafts- und Familienformen idealisiert und der christliche Glaube als unvereinbar mit dem Islam eingestuft werden.

Hingewiesen wird stellenweise auch auf einen möglichen Zusammenhang zwischen der Pegida-Bewegung mit einer – mutmaßlich defizitären – politischen Aufklärungs- und Bildungsarbeit nach der politischen Wende in Sachsen. Auf der Grundlage der vorliegenden empirischen Befunde kann das jedoch so nicht bestätigt werden (Vorländer et al. 2016, S. 143). Nichtsdestotrotz zeigt das Phänomen Pegida die Relevanz einer aktiven politischen Bildungsarbeit deutlich.

Trotz der beschriebenen, unübersehbaren Herausforderungen in Dresden und Sachsen bleibt zu betonen, dass die demokratie- und menschenfeindlichen Ideologien von Pegida keineswegs von einer Mehrheit der Bevölkerung geteilt werden. Es haben sich im Gegenteil in den letzten Monaten und Jahren eine aktive Gegenbewegungen sowie zahlreiche Bündnisse und Initiativen formiert, die sich zu kultureller Vielfalt bekennen, Flüchtlinge willkommen heißen und sich ehrenamtlich für diese engagieren. Unter dem Motto „NoPegida“ haben in Dresden und anderenorts öffentliche Proteste stattgefunden, die sich gegen die von Pegida vorgebrachten Thesen und Anliegen wenden. Studien zufolge sind unter den Vertreterinnen und Vertretern dieser Bewegung eher jüngere und mehr weibliche Personen als bei Pegida, aber ebenso überwiegend konfessionslose Teilnehmende mit höherem Bildungsabschluss. Auch sie artikulieren häufig eine Unzufriedenheit mit den Etablierten, plädieren jedoch anders als die mit Pegida Sympathisierenden für Gleichstellung, Solidarität und die Umverteilung von Ressourcen. Ebenso üben die NoPegida-Akteurinnen und -Akteure Kritik an den Medien. Einerseits würden diese eine aus ihrer Sicht überzogene Berichterstattung zu Pegida liefern, die zu einer „unzulässigen Aufwertung“ führe, während eigene Anliegen verkürzt dargestellt würden. Andererseits seien die Medien selbst aufgrund ihrer „latenten islamkritischen Haltung“ Nährboden für menschenfeindliche Ideologien, und insbesondere Online-Medien, in denen rassistische und ausländerfeindliche Ansichten ungefiltert verbreitet werden dürften, ein Verteiler menschenfeindlichen Gedankenguts (S. 121f.).

Die Teilnehmenden der NoPegida-Kundgebungen sehen in Pegida, so die im Rahmen der Studie formulierte Kritik, eine homogene Bewegung, die ein latenter Rassismus, Vorurteile und die Angst vor „Islamisierung“ eint. Ihre Erklärungen zielen häufig auf die Schwäche der bei Pegida Demonstrierenden, deren „vermeintliche Dummheit“, „Argumentationsunfähigkeit“ usw. „für Verbohrtheit und Unbildung“ sprächen, aufgrund dessen man sich

⁵⁵ o.V. (31.12.2014). Neujahrsansprache der Kanzlerin. Merkel prangert Hass bei Pegida-Märschen an. Spiegel-Online. Verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/merkel-kritisiert-pegida-bei-neujahrsansprache-scharf-a-1010785.html> (Zugriff: 12.05.2016).

⁵⁶ Geiges, L., Marg, S. & Walter, F. (2015). Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft? Bielefeld: transcript Verlag

⁵⁷ Thiessen, B. (2015). Gender Trouble evangelisch. In Hark, S. & Villa, P.-I. (Hrsg.), Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld: transcript-Verlag, S. 149-166

⁵⁸ Stange, J. (2014). Evangelikale in Sachsen. Ein Bericht. Heinrich-Böll-Stiftung-Sachsen.

den inhaltsleeren Phrasen von Pegida anschließen (Marg et al. 2016, S. 89)⁵⁹. Das würde jedoch der Komplexität und Heterogenität von Pegida nicht gerecht werden. Ebenso wenig würden eine „kollektive Verantwortung für das Entstehen von Pegida“ oder die diesbezügliche Rolle gesellschaftlicher Strukturen, die vermeintlich benachteiligte Personen nicht integrieren, thematisiert (ebd.). Daraus resultiert jedoch wiederum, dass demokratische Grundwerte wie Meinungs- und Demonstrationsfreiheit, Toleranz und Gleichheit, welche die NoPegida-Anhängerinnen und -Anhänger vertreten und für sich reklamieren, zum Teil wieder unterlaufen werden. Auch würde die Frage, ob man mit Pegida in einen Dialog treten sollte, enorm polarisieren und oft die Meinung vertreten, dass dies zwecklos sei oder man sich nicht mit Personen auseinandersetze, die in ihren Ansichten und Aussagen zum Teil rassistisch und ausgrenzend seien (ebd., S.97ff). Indem man sich jedoch auf der „moralisch richtigen Seite“ wähne, die Anliegen der bei Pegida Demonstrierenden negiere oder diskreditiere und mit individuellen Verfehlungen, mangelnder Bildung wie auch Bildungsbereitschaft begründe, riskiere man auch den moralischen Ausschluss der Anderen. „Moralisierung und eine kategorische Verweigerung der Auseinandersetzung“ könne jedoch in einer sich zunehmend spaltenden Gesellschaft problematisch werden (Marg & Schmitz 06.05.2016)⁶⁰.

3. Entwicklung der Straf- und Gewalttaten mit politischen bzw. extremistischen Hintergründen in Sachsen und Dresden

Im Laufe der letzten Jahre ist die politisch motivierte Kriminalität zu einem immer größeren Problem geworden. Seit Einführung des Definitionssystems der politischen Kriminalität und Beginn ihrer statistischen Erfassung im Jahr 2001 ist 2015 der bislang höchste Wert erreicht worden. Besorgniserregend ist vor allem die Zahl politisch motivierter Gewalttaten, die ebenfalls seit Erfassungsbeginn ein Rekordhoch erreicht hat.⁶¹

Auch in Sachsen war in den vergangenen Jahren eine Zunahme der politisch motivierten Kriminalität und insbesondere der Gewaltstraftaten zu verzeichnen. Die polizeiliche Kriminalstatistik weist für Sachsen einen Anstieg politisch motivierter Kriminalität (PMK), auf insgesamt 4.078 Fälle im Jahr 2015 aus. Verglichen mit dem Vorjahr (2014: 3.125 Fälle) bedeutet das einen Anstieg um etwa 30 Prozent. Mehrheitlich handelt es sich dabei um politisch rechtsmotivierte Delikte. So ereigneten sich 2015 in Sachsen im Bereich PMK-rechts 2.415 Straftaten, im Vorjahr waren es noch 1.740 Delikte. Eine wesentliche Ursache des starken Anstiegs der Fallzahlen im Bereich PMK-rechts sind die deutlich häufiger begangenen Straftaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund. 799 der im Jahr 2015 insgesamt gezählten 819 fremdenfeindlichen Delikte sind als rechtsmotiviert eingestuft worden.

Im Bereich PMK-links wurden 2015 insgesamt 1.058 Straftaten gezählt, 207 mehr als im Jahr zuvor. Das ist besonderes auf Straftaten, die sich gegen den politischen Gegner oder gegen den Staat richten, zurückzuführen.

Alarmierend ist vor allem der Anstieg der politisch motivierten Gewaltkriminalität um über 50 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Im Jahr 2015 ereigneten sich insgesamt 559 Gewaltstraftaten, von denen 213 dem Bereich PMK-rechts und 292 dem Bereich PMK-links zuzuordnen waren. Leicht angestiegen ist auch die politisch motivierte Ausländerkriminalität, die sich allerdings mit 36 Straftaten (Vorjahr: 29 Delikte) auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau bewegt⁶².

Als besorgniserregend ist insbesondere die wachsende Zahl von Angriffen auf bewohnte und unbewohnte Asylunterkünfte anzusehen. Von den insgesamt 118 registrierten Straftaten (2014: 27 Delikte) gegen Unterkünfte für Asylsuchende waren 106 rechtsmotiviert (2014: 27). Mehrheitlich handelte es sich um Sachbeschädigungen und Propagandadelikte, allerdings waren auch 34 Gewaltdelikte zu verzeichnen, darunter mehrheitlich Brandstiftungen, aber auch Körperverletzungen und Sprengstoffdelikte. Zwei Anschläge wurden als versuchte Tötungsdelikte eingestuft⁶³; ein Sprengstoffanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft im Freiberg im Februar 2015 sowie ein

⁵⁹ Marg, S., Trittel, K., Schmitz, C., Kopp, J. & Walter, F. (2016). NoPegida. Die helle Seite der Zivilgesellschaft? Bielefeld: transcript

⁶⁰ Marg, S. & Schmitz, C. (06.05.2016). Sind NoPegida die Guten? Sächsische Zeitung. Verfügbar unter: <http://www.sz-online.de/nachrichten/kultur?pubdate=07.05.2016> (Zugriff 21.07.2016)

⁶¹ o. V. (23.05.2016). Aktuelle Statistik: Politisch motivierte Kriminalität erreicht neuen Höchststand. Verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/kriminalitaet-neuer-hoehchststand-bei-straftaten-aus-rechter-und-linker-szene-a-1093633.html> (Zugriff 03.06.2016)

⁶² Polizei Sachsen (06.04.2016). Politisch motivierte Kriminalität 2015. Verfügbar unter: https://www.polizei.sachsen.de/de/MI_2016_41981.htm (Zugriff 15.04.2016)

⁶³ Polizei Sachsen (06.04.2016). Sächsische Kriminalitätsstatistik im Zusammenhang mit dem Thema „Zuwanderung“ für das Jahr 2015. Verfügbar unter: https://www.polizei.sachsen.de/de/MI_2016_41980.htm (Zugriff 15.04.2016)

Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Crimmitschau im November 2015. Durch diese Straftaten wurden insgesamt zwölf Personen verletzt.

Anlass zur Sorge bereiten auch die zunehmenden Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger sowie Mandatsträgerinnen in Verbindung mit dem Thema „Zuwanderung“, deren Zahl sich mit 58 Delikten gegenüber 2014 (5 Delikte) mehr als verzehnfacht hat. Dabei handelte es sich überwiegend um Beleidigungen und Bedrohungen, es wurden aber auch fünf Gewaltdelikte registriert. Nicht nur in Sachsen sind in den letzten Monaten mehrere Fälle bekannt geworden, wo Kommunalpolitiker bzw. -politikerinnen – zumeist wegen ihrer Haltung zur Asylthematik oder ihres Engagements für Flüchtlinge – beschimpft und/oder bedroht wurden⁶⁴. Ebenso gerieten Personen, die sich an Gegendemonstrationen zu asylfeindlichen Kundgebungen beteiligten, sowie freiwillige Helferinnen und Helfer geflüchteter Menschen in den Fokus von extrem rechten oder neonazistisch orientierten Gruppierungen. So kam es beispielsweise im Sommer 2015 in der Nähe der Dresdner Erstaufnahmeeinrichtung Bremer Straße zu mehreren gewalttätigen Übergriffen von Neonazis auf Gegendemonstranten sowie auf Personen, die sich in der Unterkunft engagierten (Kulturbüro Sachsen e. V. 2016, S. 19)⁶⁵.

Statistiken der Opferberatungsstellen belegen ebenfalls einen starken Anstieg rechtsmotivierter und rassistischer Angriffe auf insgesamt 477 im Jahr 2015 (Vorjahr: 257). Davon waren 654 Personen direkt betroffen. Mehrheitlich waren diese Angriffe rassistisch motiviert oder gegen politische Gegner bzw. Gegnerinnen gerichtet. Es handelte sich am häufigsten um Körperverletzungen sowie Nötigungen und Bedrohungen. Als Hochburgen politisch motivierter Gewaltstraftaten konnten die Städte Dresden und Leipzig sowie die Landkreise Leipzig und Sächsische Schweiz/Osterzgebirge identifiziert werden.

Nach Erkenntnissen der Opferberatungsstellen wurden etwa 76 Prozent der Vorfälle bei den Polizeidienststellen angezeigt, so dass eine hohe Dunkelziffer in den polizeilichen Statistiken bezüglich der registrierten politisch motivierten Straftaten wahrscheinlich ist.

Den Daten der polizeilichen Kriminalstatistik zufolge ist die politisch motivierte Kriminalität auch in Dresden im Jahr 2015 deutlich angestiegen. Insgesamt ereigneten sich 790 politisch motivierte Straftaten (2014: 581 Straftaten). Gestiegen ist ebenfalls die Gewaltdelinquenz, die insgesamt 166 Fälle umfasst (2014: 79 Fälle). Auf den Bereich der PMK-rechts entfielen 437 Straftaten (2014: 261 Straftaten) einschließlich 59 Gewaltstraftaten (2014: 27).

Die Anzahl der Straftaten im Bereich PMK-links ist mit 190 Fällen zwar gegenüber dem Jahr 2014 etwas gesunken (2014: 230 Fälle), allerdings stieg die Zahl der politisch links motivierten Gewaltstraftaten in Dresden auf 73 Fälle (2014: 39 Fälle) an. Auch im Bereich der politisch motivierten Ausländerkriminalität war 2015 ein Anstieg auf acht Fälle (2014: drei Fälle) einschließlich vier Gewaltstraftaten (2014: eine Gewaltstraftat) zu verzeichnen⁶⁶.

Die Opferberatungsstellen des RAA Sachsen e. V. konstatieren eine „besonders erschreckende Zunahme rechtsextremistischer Gewalt“ in Sachsen und insbesondere auch in Dresden. Mit 115 Gewaltdelikten haben sich hier die meisten rechtsextremistischen Gewaltstraftaten in Sachsen ereignet, was einen Anstieg von 142 Prozent zum Vorjahr bedeute. Von den 74 Angriffen, die auf oder im Umfeld von sächsischen Asylunterkünften verübt wurden, ereigneten sich allein 14 in Dresden, weitere 16 im angrenzenden Landkreis Sächsische Schweiz/Osterzgebirge.

3.1 Rechtsextremismus

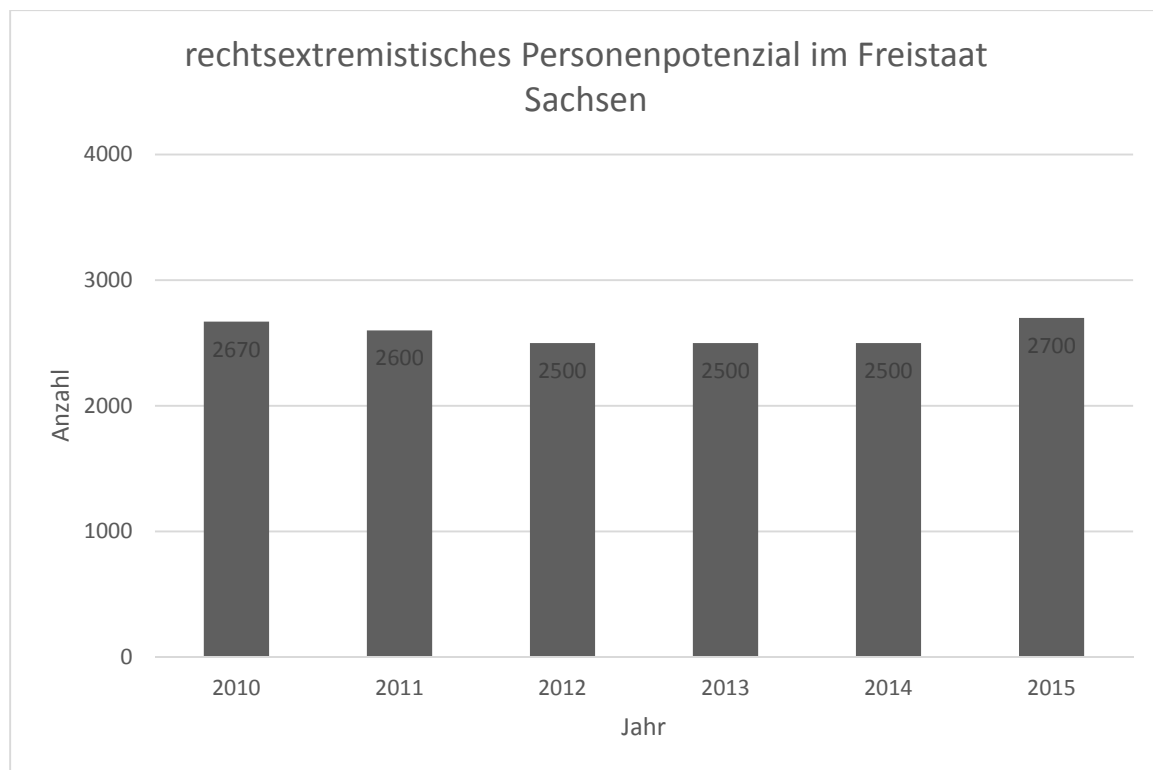
Das rechtsextremistische Personenpotenzial ist in Sachsen im Jahr 2015 auf 2.700 Personen angestiegen, nachdem es in den Jahren davor zunächst stagnierte. Der Sächsische Verfassungsschutzbericht macht hierfür insbesondere die Zunahme von Personen verantwortlich, die keiner festen Struktur angehören, sich aber rechtsextremistisch betätigen. Allein diese Gruppe der subkulturell geprägten Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten konnte das ihr zugerechnete Personenpotenzial im Jahr 2015 gegenüber dem Vorjahr nahezu verdoppeln. Eine wesentliche Ursache für das Wachstum dieses Personenkreises waren die mit Bezug auf die Asylthematik entstandenen Politisierungsprozesse unter den nicht organisierten Rechtsextremisten. Daneben sorgte die

⁶⁴ A. a. O.

⁶⁵ Kulturbüro Sachsen e. V. (2016). Sachsen rechts unten 2016. Verfügbar unter: http://www.kulturbuero-sachsen.de/images-/PDF/sachsen_rechts_unten_2016_web.pdf (Zugriff 20.07.2016).

⁶⁶ Auskunft des Landeskriminalamtes Sachsen am 30.05.2016 basierend auf den beim Landeskriminalamt im Rahmen des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes in Fällen politisch motivierter Kriminalität (KPMD-PMK) eingegangenen Meldungen der Polizeidienststellen

Zunahme von rechtsextremistisch motivierten Straftaten für einen weiteren Anstieg des rechtsextremistischen Personenpotenzials.



(Quelle: Sächsisches Staatsministerium des Innern: Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015, S. 9)

Die Mitgliederzahl der NPD ist in Sachsen bis Ende des Jahres 2015 kontinuierlich gesunken und belief sich auf 600 Personen (Vorjahr: 610 Personen). Sie verfügte 2015 über 12 Kreisverbände und vereinzelt Ortsgruppen und ist trotz rückläufiger Mitgliederzahl damit flächendeckend im gesamten Bundesland vertreten. Die NPD konnte 2004 in Sachsen zum ersten Mal in den Landtag einziehen, scheiterte aber im Jahr 2014 an der Fünf-Prozent-Hürde. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass sie derzeit mehr Zustimmung in der Bevölkerung hat. Bereits im Herbst 2015 hätte sie Umfrageergebnissen zufolge wieder ein Wahlergebnis von fünf Prozent erzielt.⁶⁷

Zum rechtsextremistischen und menschenfeindlichen Spektrum gehören auch die beiden Parteien „Die Rechten“ und „Der dritte Weg“, die ebenfalls in Sachsen ansässig sind. „Die Rechten“ wurden im Jahr 2015 in Sachsen nur 30 Personen zugerechnet. Damit hat sich aber die Mitgliederzahl verdreifacht (Vorjahr: zehn Mitglieder). Die Partei „Der dritte Weg“, die 2013 gegründet wurde, hatte 2015 in Sachsen etwa 40 Mitglieder (Vorjahr: 20 Mitglieder) und befindet sich weiterhin im Aufbau. Beide Organisationen vertreten nationalistische, rassistische und neonazistische Einstellungen. Laut der Bundeszentrale für politische Bildung ist kaum eine andere Partei in den vergangenen 20 Jahren so militant und neonazistisch aufgetreten wie die 2012 gegründete „Die Rechten“, die als ein „Auffangbecken“ für Mitglieder von verbotenen rechtsextremen Kameradschaften gelte (Sager 27.03.2014)⁶⁸.

Das Personenpotenzial bei den Jungen Nationaldemokraten (JN) blieb mit 110 Personen im Vergleich zum Vorjahr konstant, während es bis 2014 angestiegen ist. Die JN sind in ganz Sachsen aktiv und konnten ihre Strukturen hier in den vergangenen Jahren ausweiten. Sie sind nun in fast allen Landkreisen vertreten. Ihr Programm ist angelehnt an das der NPD; nationalistisch, demokratiefeindlich, rassistisch und antisemitisch. Die JN kooperierte in der Vergangenheit stets eng mit der NPD, sie gilt aber als militanter und aggressiver als ihre Mutterpartei. Die JN hat in den letzten Jahren versucht, unter Jugendlichen eine neue Anhängerschaft zu gewinnen und ihr Gedankengut bzw. das der NPD bekannt zu machen, etwa durch Kampagnen oder Veranstaltungen. So

⁶⁷ vgl.: <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage> (Zugriff 15.04.2016)

⁶⁸ Sager, T. (27.03.2014). Wolf im Schafspelz? Die Partei DIE RECHTE als Sammelbecken für Neonazis. Verfügbar über: Bundeszentrale für politische Bildung, <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/181492/die-rechte> (Zugriff 15.04.2016).

gelang es ihr beispielsweise 2014 – getarnt als Aktion gegen Drogenkonsum – politische Werbung in Dresdner Schulen zu machen.

Die Gruppierung der sächsischen Neonationalsozialisten hat im Jahr 2015 einen Rückgang ihrer Anhängerschaft zu verzeichnen und umfasst nur noch etwa 340 Personen (Vorjahr: 860 Personen). Allerdings wanderten viele ihrer ehemaligen Anhängerinnen und Anhänger in andere Bereiche des organisierten Rechtsextremismus ab; der weitaus größere Teil ist jedoch wegen fehlender Zugehörigkeit zu einer festen Organisationsstruktur oder mangels selbst organisierter politischer Aktionen dem subkulturell geprägten Rechtsextremisten-Spektrum zuzuordnen (Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015, S. 10, 62).

Der Themenbereich „Anti-Asyl“ stellte in den letzten Jahren das zentrale Betätigungsfeld von Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten in Sachsen dar, wobei entsprechende Aktivitäten an Quantität und Intensität im Jahr 2015 erheblich zugenommen haben und von asylfeindlichen Agitationen bis hin zu schweren Gewaltstraftaten reichten (Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015, S. 10).

3.2 Rechtsextreme Subkultur

Neben dem parteigebundenen Rechtsextremismus, der in den letzten Jahren eher an Bedeutung verloren hat, existiert eine subkulturelle Szene, die für die Etablierung und Verbreitung rechtsextremistischen Gedankenguts eine große Rolle spielt.

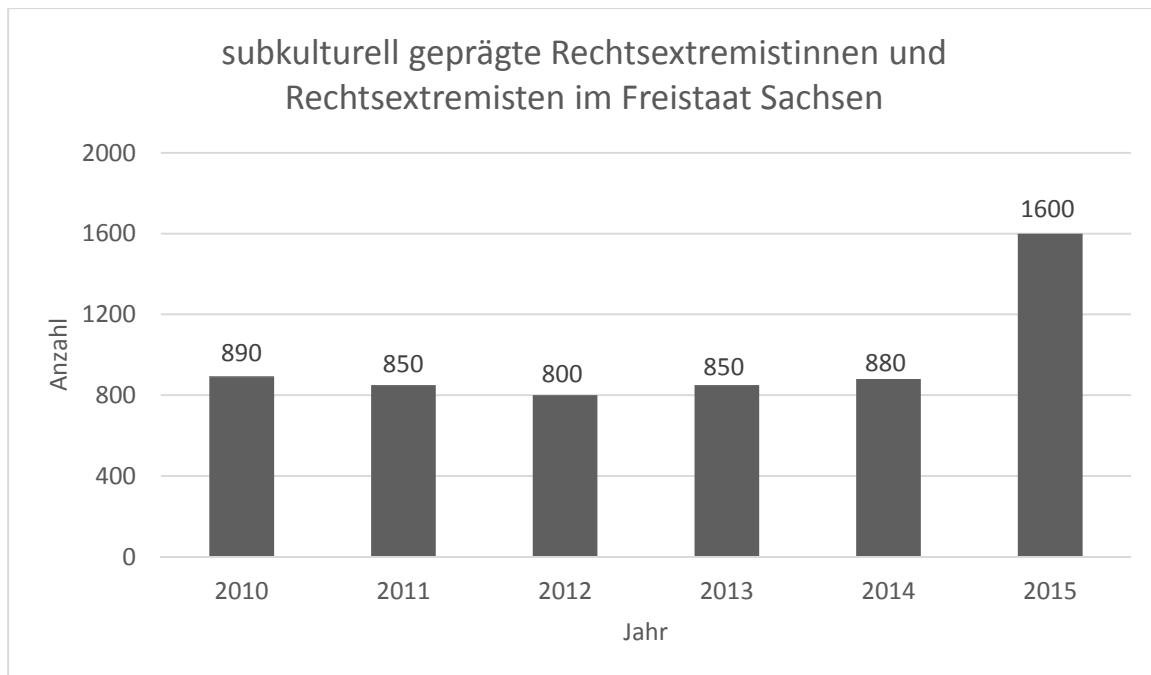
Die Personen, zumeist Jugendliche, die dieser Subkultur zugeordnet werden könnten, identifizieren sich über die spezifische Verwendung bestimmter Kleidung, Musik, Symbole und anderer Erkennungszeichen. In ideologischer Hinsicht scheint der Bereich der rechtsextremistischen Subkultur (noch) weniger verfestigt als der des organisierten Rechtsextremismus. Oft handelt es sich um diffuse Überzeugungen und Feindbilder. Bereiche wie Rassismus, Islamfeindlichkeit, Homophobie und andere Bereiche Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind aber auch hier zentrale inhaltliche Grundlagen. Charakteristisch ist zudem die Ablehnung des bundesrepublikanischen demokratischen Systems und Wertekanons. Die Vorstellungen der rechtsextremen Subkultur gehen oft einher mit einer Gewalt akzeptierenden und praktizierenden Lebenseinstellung, was zur Gefährlichkeit dieser Szene beiträgt (vgl. Dressler 2012)⁶⁹.

Angehörige der subkulturellen rechten Szene haben sich in der Regel nicht den rechten Parteien oder anderen Organisationen angeschlossen, entweder aus taktischen Gründen oder weil sie formelle Organisationsstrukturen ablehnen. Sie sind jedoch durch persönliche Beziehungen und insbesondere über das Internet gut vernetzt, so dass ein hohes Mobilisierungspotenzial für Aktionen und Demonstrationen besteht.

Die bekannteste Vertretergruppe des subkulturellen Rechtsextremismus – die Skinheads mit ihrem spezifischen Erscheinungsbild und Auftreten – sind im öffentlichen Raum in den letzten Jahren immer weniger präsent. Neuere Erscheinungsformen wie „NS-Hatecore“ oder „National Socialist Black Metal“ (NSBM) existieren, sind aber nicht mehr an ihrem äußeren Erscheinungsbild erkennbar (ebd.) und somit vergleichsweise schwerer zu identifizieren. Die Vorstellungen und Liedtexte der einschlägigen Hatecore-Bands sind offen rassistisch, gewaltverherrlichend sowie ausländer- und demokratiefeindlich.

Dem sächsischen Verfassungsschutzbericht des Jahres 2015 zufolge ist das Personenpotenzial im Bereich des subkulturell geprägten Rechtsextremismus weiter angewachsen und beläuft sich auf ca. 1.600 Personen, die sich relativ gleichförmig auf Sachsen verteilen. Insbesondere von 2014 bis 2015 war ein enormer Anstieg zu verzeichnen. Auch die Zahl der politisch motivierten Straf- und Gewalttaten kann als ein Indiz für die Relevanz der extremistischen Subkultur gewertet werden.

⁶⁹ Dressler, C. (2012). Die wehrhafte Demokratie und der Rechtsextremismus: Wie sich der Staat gegen seine Verfassungsfeinde wehrt. Hamburg: Diplomica Verlag



(Quelle: Sächsisches Staatsministerium des Innern: Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015, S. 70)

In Dresden existiert laut den sächsischen Verfassungsschutzberichten 2014 und 2015 eine subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene, der mehrere politisch motivierte Propagandadelikte zugeordnet werden konnten und die für spontane Aktionen, Demonstrationen und Veranstaltungen aktivierbar war. Zudem wurde aus der Szene heraus gewalttätig gegen Asylsuchende und deren (geplante) Unterkünfte vorgegangen. Ziel der Angriffe waren aber auch Personen aus der Zivilgesellschaft, die sich für Flüchtlinge einsetzen. Speziell im Stadtteil Dresden-Leuben deuteten mehrere Straftaten, z. B. ausländerfeindliche Parolen an Gebäuden, in denen Asylsuchende untergebracht werden sollten, auf die Existenz einer subkulturell geprägten rechtsextremistischen Gruppierung hin (Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2014). Im Jahr 2015 kam es im Stadtteil zu einem gewalttätigen Angriff auf einen Asylbewerber durch fünf Männer (Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015, S. 109).

Insgesamt war der Statistik des Sächsischen Verfassungsschutzes 2015 ein deutlicher Anstieg rechtsextremistischer Straftaten⁷⁰ in Sachsen und in Dresden zu verzeichnen, die besonders auch der subkulturellen Rechtsextremistenszene zuzuordnen sind. Die extremistisch motivierten Straftaten bilden eine Teilmenge der politisch motivierten Kriminalität (vgl. sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015, S. 228) und weichen daher von den Daten der Polizeistatistik zu politisch motivierten Straftaten ab.

	2013	2014	2015
Rechtsextremistische Straftaten in Sachsen	1.635	1.710	2.234
davon Gewalttaten	67	83	201
Rechtsextremistische Straftaten in Dresden	267	260	407
davon Gewalttaten	23	27	56

(Quelle: Sächsisches Staatsministerium des Innern: Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015, S. 109)

Des Weiteren gründete sich 2010 unter der Bezeichnung „Faust des Ostens“ eine Gruppierung aus Fußballfans mit zeitweise über 180 Mitgliedern, die wiederholt politisch motivierte Körperverletzungs- und Propagandadelikten verübte, in den Jahren 2014 und 2015 aber nicht mehr öffentlich in Erscheinung trat. Allerdings bildeten die rechtsextremistischen Hooligans weiterhin ein Mobilisierungspotenzial für extremistische Handlungen (ebd.).

Der organisierte Rechtsextremismus findet in der Subkultur der Jugendlichen ein erhebliches Rekrutierungspotenzial. Mit szenespezifischen Freizeitangeboten, Veranstaltungen und Medien wird versucht, neue Jugendliche und Gruppen anzusprechen. Die rechtsextremen Subkulturen wiederum bieten Jugendlichen, die bislang keine rechte Gesinnung hatten, über Kleidung, spezifische Arten des Auftretens, Musik bis hin zu einem vermittelten Wir-Gefühl einen Einstieg in das normative und ideologische Gefüge des Rechtsextremismus.

Zwar agiert die subkulturelle Szene der Rechtsextremisten betont partei- und organisationsunabhängig, ist jedoch eng mit bestehenden Strukturen des organisierten Rechtsextremismus verwoben. Obwohl sich die NPD in einem maroden Zustand befindet, schaffte es die Partei in den letzten Jahren mit Unterstützung ihrer Sympathisantenschaft der freien Kräfte und rechter Hooligans bis zu 200 Menschen auf die Straße zu bringen⁷¹. Zudem bestehen Verbindungen zwischen dem subkulturellen Rechtsextremismus und der lokalen Sportszene. Innerhalb der breiten Anhängerschaft des Fußballvereins Dynamo Dresden existiert eine Gruppe rechter Hooligans, deren Kern aus etwa 50 Personen besteht und die zu besonderen Anlässen mehr als 100 gewaltbereite Neonazis mobilisieren können. Auch bei Pegida gibt es erhebliche Schnittmengen mit dem örtlichen Sport und insbesondere mit rechtsmotivierten Dynamo-Fußballfans und Hooligans. Wie Recherchen der ZEIT ergaben, kommen einige Pegida-Organisatoren aus dem aktiven Fanumfeld von Dynamo Dresden, Mitglieder des Pegida-Ordnungsdienstes aus einem Football-Club bei Dresden. Auch Fans der Eishockeyszene gehören demnach zur Pegida-Anhängerschaft⁷².

3.3 Rechtsextreme Musikszene

Von der rechtsextremen Szene wird Musik gezielt als Propagandainstrument und zur Rekrutierung von Jugendlichen eingesetzt. Die unterschiedliche Genres umfassende Musik vermittelt insbesondere Jugendlichen den Wertekanon der nationalsozialistischen Ideologie. Musik gilt als Einstiegsmedium in die rechte und rechtsextreme Szene, indem Gemeinschaftsgefühle transportiert und über die Liedtexte Weltanschauungen geformt werden (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2013). Oft enthalten diese neben allen Facetten nationalistischen und rassistischen Gedankenguts auch beleidigende und diskriminierende Elemente bis hin zu direkten Gewaltaufforderungen. Von der organisierten rechtsextremen Szene werden seit langem Musiker und Bands gefördert, Konzerte organisiert sowie Herstellung und Vertrieb von Tonträgern logistisch und finanziell unterstützt.

Für die Jahre 2014 und 2015 konstatieren die sächsischen Verfassungsschutzberichte eine aktive, 22 Gruppen, Bandprojekte und Liedermacher umfassende rechtsextremistische Musikszene, die teils auch bundesweit in Erscheinung tritt. Nach Informationen des Kulturbüro Sachsen e. V. sind drei der bundesweit wichtigsten neonazistischen Musik-Produktionen, die einen großen Teil der rechten Musikproduktionen herstellen und vertreiben, in Sachsen ansässig (Kulturbüro Sachsen e. V. 2015). In Sachsen wurde 2015 ein Anstieg rechtsextremistischer Konzerte auf insgesamt 17 Veranstaltungen (Vorjahr: 14) verzeichnet mit ebenfalls gestiegenen Besucherzahlen. Ihr Einfluss auf Heranwachsende, ihre Integration in rechte Gruppierungen und auf die Steigerung vorhandener Gewaltpotenziale ist nicht zu unterschätzen: „In der Regel wird innerhalb der subkulturell geprägten Neonazi-Musik-Szene deutlich aggressiver und brutaler aufgetreten als auf den Parteiveranstaltungen oder auf Demonstrationen“ (ebd., S. 11). Musik rechtsextremer Bands aus Sachsen wurde in den vergangenen Jahren mehrfach von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien aufgrund ihrer Inhalte indiziert worden. Dabei handelt es sich um Tonträger von Bands wie „Sachsenblut“, „White Resistance“ und „Killuminati“ (www.welt.de 23.03.2016).

Im sachsenweiten Vergleich hat Dresden konstant die höchste Konzentration von rechtsextremistischen Musikgruppen. Laut Verfassungsschutzbericht waren 2015 fünf aktive, als rechtsextrem bekannte Bands ansässig: „Blutzeugen“, „Brainwash“, „Endless Struggle“, „Priorität 18“, „Hope for the Weak“ und „Sachsonia“. Letztere ist u. a. auf Veranstaltungen des Blood & Honour-Netzwerkes aufgetreten (Kulturbüro Sachsen e. V. 2015).

Darüber hinaus sind mehrere rechtsextremistische Vertriebsunternehmen (Online-Versandhändler, Läden etc.) in Sachsen bzw. Dresden ansässig. Der Verfassungsschutzbericht beziffert deren Anzahl zum Ende des Jahres 2014 auf 14 Firmen, die Kunden in der Bundesrepublik und im Ausland beliefern. Die Warensortimente dieser Unternehmen sind hauptsächlich auf die subkulturell geprägte rechtsextreme Szene zugeschnitten, etwa Tonträger rechter Bands, Textilien und szenetypische Utensilien. Drei der bundesweit wichtigsten Musik-Labels,

⁷¹ Recherchen und Auskunft durch das Kulturbüro Sachsen e. V.

⁷² Sundermeyer, O. (12.01.2015). Die Pegida-Miliz aus dem Stadion. Zeit Online, verfügbar unter: <http://www.zeit.de/sport/2015-01/pegida-dynamo-dresden/komplettansicht> (Zugriff 05.09.2016)

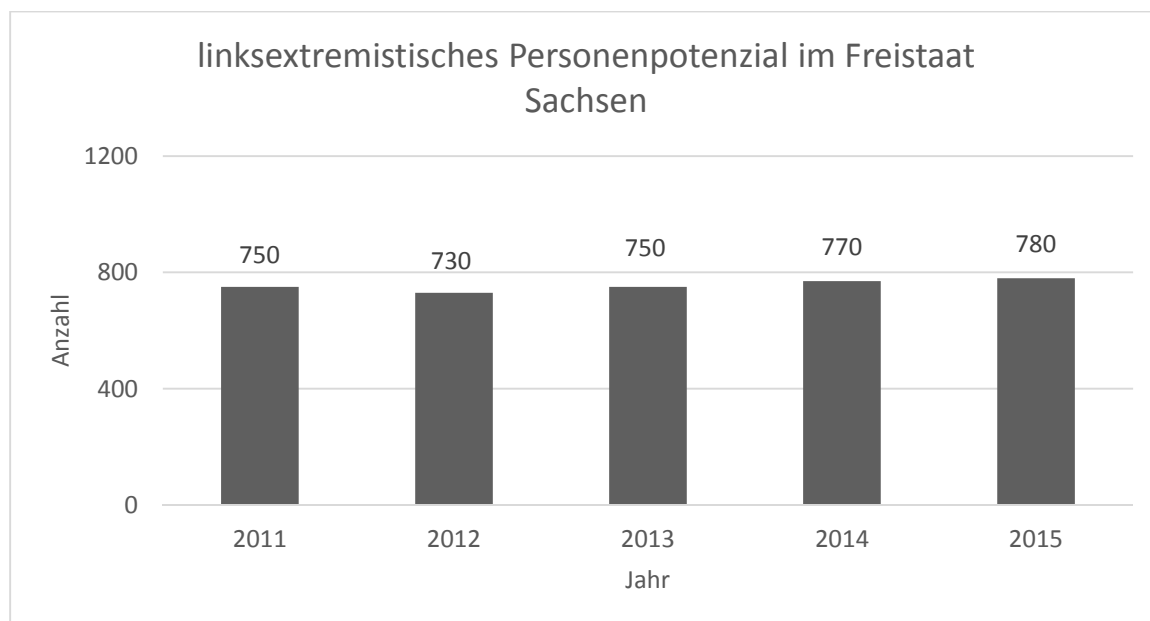
Opos-Records, PC-Records und Front-Records, die einen Großteil der rechtsextremen Musik vertreiben, haben ihren Standort in Sachsen. Da der Gewinn dieser Unternehmen von der Gunst der rechtsextremen Szene abhängig ist, wird diese von den Firmen finanziell und logistisch unterstützt. Das in Dresden ansässige Unternehmen Opos-Records förderte Aktivitäten und Initiativen der rechten Szene und war 2014 einer der Unterstützer der „Aktionswoche 13. Februar“ in Dresden (Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2014). Mit „Dryve by Suizhyde Clothing“ hat sich in Dresden ein rechtsextremistisches Textillabel angesiedelt, dessen Gründer ein Aktivist aus der rechtsextremistischen Musikszene ist (vgl. Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen 2015).

Über Kleidung, Musik, Veranstaltungen wird eine Hinwendung der Kundinnen und Kunden zu den rechtsextremen Ideologien bis hin zu Gewalthandlungen bewirkt. Nicht zuletzt versuchen rechtsextreme Personen oder Vereinigungen immer wieder, vor allem die von jungen Leuten frequentierten Subkulturen, deren Mitglieder keine rechtsextreme Einstellung haben, zu unterwandern und diese für ihre Ideologie aufzuschließen.

3.4 Linksextremismus

Die linksextremistischen Einstellungen und Szenen werden in der Bundesrepublik wesentlich von zwei Strömungen geprägt: Die marxistisch-leninistisch orientierten Linksextremen sowie die Autonomen und Anarchisten (vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz 2016)⁷³.

Für Sachsen konstatiert der Verfassungsschutzbericht 2015 einen Anstieg des linksextremistischen Personenpotenzials auf 780 Personen (2014: 770 Personen). Dabei stellen die Autonomen mit ca. 370 Personen (2014: 360 Personen) die unverändert größte Gruppe dar. Die Anhängerschaft der Anarchisten und sonstigen Gruppierungen blieb konstant und liegt bei etwa 160 Personen. Die meisten Vertreter und Vertreterinnen der autonomen Szene Sachsens sind in den Städten Leipzig und Dresden ansässig. Mit etwa 190 Personen gehörten im Jahr 2015 über die Hälfte der sächsischen Autonomen der Leipziger Szene an. In der Landeshauptstadt Dresden blieb die Stärke der autonomen Szene im Vergleich zu 2014 konstant bei ca. 70 Personen (vgl. Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015, S. 169, 180).



(Quelle: Sächsisches Staatsministerium des Innern: Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015, S. 145)

In Dresden erscheint die linksextremistische Szene im Vergleich zur rechtsextremistischen weniger organisiert, stärker aktionsorientiert und zeigt häufig öffentliche Präsenz, etwa im Zusammenhang mit Gegenaktionen, beispielsweise gegen Veranstaltungen der Pegida seit Oktober 2014. Vor allem kleine, nicht angemeldete Aktionen „stellen einen Gradmesser für die Handlungsfähigkeit und Vitalität der Szene dar, da sie deren Anspruch auf Selbstbestimmtheit und Autonomie widerspiegeln und ihre Ablehnung staatlicher Autorität symbolisieren“

⁷³ Bundesamt für Verfassungsschutz: Linksextremismus. Verfügbar unter: <https://www.verfassungsschutz.de/de/service/glossar/linksextremismus> (Zugriff 18.05.2016).

(Staatsministerium des Innern 2014, S. 208). Vor dem Hintergrund erscheint es auch nur logisch, dass sich ein Großteil der dem Spektrum politisch links bzw. politisch linksextremistisch motivierter Straftaten verstärkt gegen Repräsentanten und Repräsentantinnen des Staates (z. B. Polizei) und des bestehenden politischen Systems sowie gegen politische Gegner und Gegnerinnen richtet.

In Sachsen haben sich die Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund in den Jahren 2014 und 2015 jeweils erhöht. Daten der polizeilichen Kriminalstatistik zufolge wurden 2015 insgesamt 1.058 Straftaten im Bereich politisch links motivierter Kriminalität (PMK-links) gezählt (2014: 851). Auch die Anzahl der Gewaltdelikte stieg deutlich an. 292 der insgesamt 559 politisch motivierten Gewaltstraftaten entfielen 2015 auf den Bereich PMK-links (Vorjahr: 157)⁷⁴. Für Dresden konstatiert der Sächsische Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2015 eine gegenüber den Vorjahren abnehmende Zahl linksextremistischer Straftaten, jedoch einen erneuten Anstieg von Gewaltstraftaten.

	2013	2014	2015
Linksextremistische Straftaten in Sachsen	582	821	977
davon Gewalttaten	162	154	283
Linksextremistische Straftaten in Dresden	187	226	168
davon Gewalttaten	87	38	69

(Quelle: Sächsisches Staatsministerium des Innern: Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015, S. 189)

Linksextreme Gewalttaten sind überwiegend gegen vermeintlich rechtsextreme oder rassistische Personen gerichtet, aber auch gegen staatliche Einrichtungen und Personen, die diese repräsentieren. Folge der Gewalttaten sind zumeist hohe Sach- zunehmend aber auch Personenschäden.

Aus Sicht der Sächsischen Verfassungsschutzbehörde nutzen linksextremistische Gruppierungen die gegenwärtige Asylthematik stark für eigene Aktivitäten, etwa für Proteste/Gegendemonstrationen sowie für Aktionen, die eigenen Positionen zum Thema Asyl folgen. Dies spiegelt sich in einem rapiden Anstieg entsprechender Aktionen zwischen August und November 2015 wieder. Zentren sind die Städte Leipzig und Dresden. Die Instrumentalisierung der Aktionen ist aus Sicht der Sächsischen Verfassungsschutzbehörde dadurch gekennzeichnet, dass Angehörige des linksextremistischen Spektrums die Asylthematik zur Agitation gegen den demokratischen Rechtsstaat und das staatlichen Gewaltmonopol nutzen und dies mit einer umfassenden Gesellschaftskritik und Ablehnung des bundesdeutschen demokratischen Rechtsstaates verbinden. Erwähnt werden diesbezüglich für Dresden Aktionen der „Undogmatische Radikale Antifa Dresden“ (URA Dresden) und des Bündnisses „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“ im Juli 2015, die in Zusammenhang mit der Organisation einer Kundgebung vor einer Flüchtlingsunterkunft in Dresden standen (vgl. Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015, S. 151). Insbesondere das Bündnis „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“ wird mehrfach in Verbindung mit Aufrufen zu Veranstaltungen, Gegenprotesten und Aktionen, die auf eine Verhinderung rechtsextremistischer Aktivitäten zielten, im sächsischen Verfassungsschutzbericht erwähnt, dort jedoch als eine „in seiner Gesamtheit nichtextremistische“ Vereinigung eingestuft (S. 180).

3.5 Ausländerextremismus

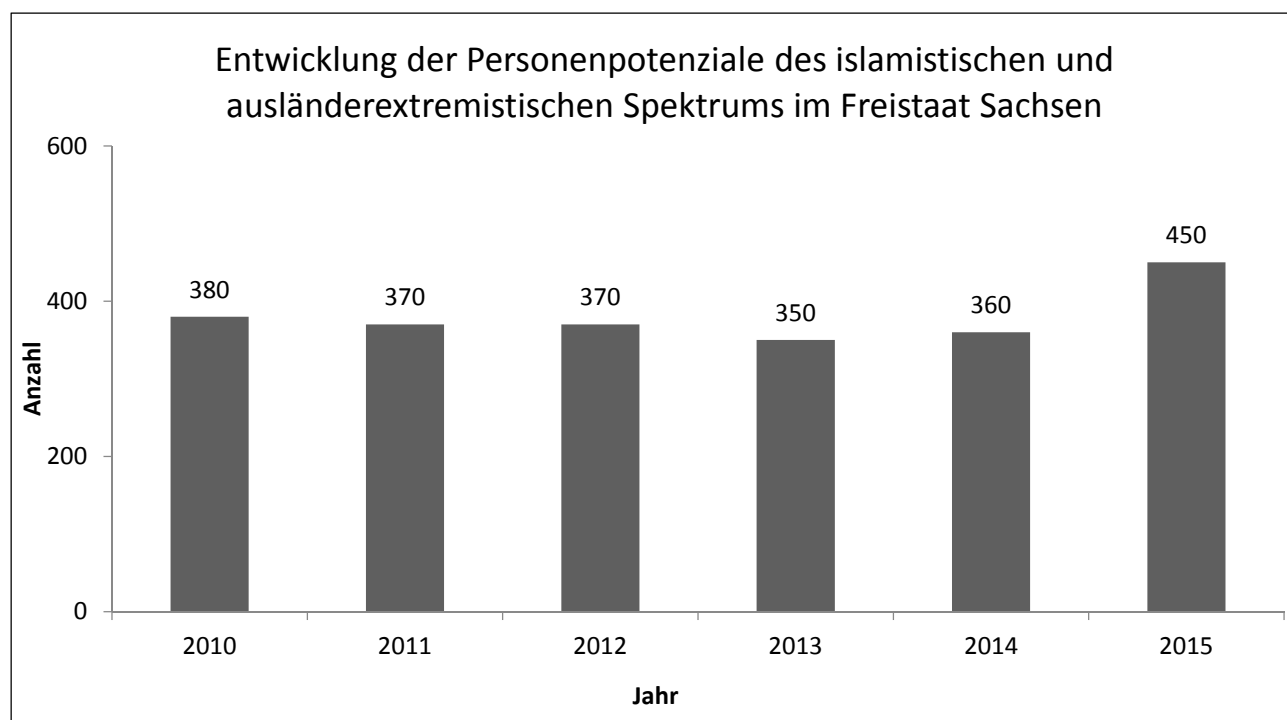
Gruppierungen von Ausländern und Ausländerinnen können dann als extremistisch bezeichnet werden, wenn ihre Ziele und ihr Handeln gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind, die durch eine Ordnung ersetzt werden soll, die der Ideologie der jeweiligen extremistischen Gruppe entspricht. Eine Verfassungsfeindlichkeit ihrer Ziele kann auch daraus resultieren, dass diese sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere gegen ein friedliches Zusammenleben wenden oder auf die Anwendung von Gewalt richten (vgl. Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015, S. 6).

Verglichen mit anderen Bundesländern befindet sich das islamistische und ausländerextremistische Personenpotenzial in Sachsen auf niedrigem Niveau, ist jedoch im Jahr 2015 deutlich angestiegen und beläuft sich

⁷⁴ Polizei Sachsen (06.04.2016). Politisch motivierte Kriminalität 2015. Verfügbar unter: https://www.polizei.sachsen.de/de/MI_2016-_41981.htm (Zugriff: 07.04.2016)

derzeit auf 450 Personen. Dieses Wachstum ist vor allem durch den Anstieg des Personenpotenzials im Bereich islamistischer Bestrebungen bedingt, was gegenüber dem Vorjahr um etwa 43 Prozent auf 300 Personen anstieg. Davon gehören etwa 170 Personen dem salafistischen Spektrum an, was einen Anstieg von rund 30 Prozent bedeutet (2014: 130 Personen). Nach Einschätzungen des Sächsischen Landesamts für Verfassungsschutz ist mit einer Fortsetzung des seit Jahren auch bundesweit zu beobachtenden Trends zu rechnen (ebd. S. 214).

Beim Salafismus handelt es sich um ein komplexes Phänomen innerhalb des Islamismus, das eine Ausrichtung des Denkens und Handelns an den Religions- und Gesellschaftsvorstellungen der Frühgeschichte des Islam und der ersten Muslime propagiert. Dabei kann innerhalb der gegenwärtig sehr heterogenen Salafistenbewegung zwischen „Puristischen Salafisten“, „Politischen Salafisten“ und „Dschihadisten“ unterschieden werden. Während „Puristen“ eine Erweiterung individueller Frömmigkeit anstreben und dabei nicht-gewalttätige Methoden der Verkündung und Erziehung betonen, fordern „Politische Salafisten“ aktiv und offensiv die Anwendung salafistischer Glaubensgrundsätze für die Politik und damit eine Umgestaltung von Gesellschaft, Staat und Rechtsordnung gemäß ihrer Deutung des Islam. Die „Dschihadisten“ stehen für eine militante Ausrichtung des Islamismus und sehen in der Anwendung von Gewalt ein legitimes Mittel, um ihre politischen und religiösen Auffassungen durchzusetzen (vgl. Bauknecht 2015, S. 4; Pfahl-Traughber 09.09.2015)^{75/76}. Seit dem Jahr 2011 sind „Salafistische Bestrebungen“ in den jährlichen Verfassungsschutzberichten als bundesweites Beobachtungsobjekt der Verfassungsschutzbehörden ausgewiesen (vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz 2012)⁷⁷.



(Quelle: Sächsisches Staatsministerium des Innern: Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015, S. 214)

Auch wenn die Mehrzahl der Salafisten nach Aussage des Bundesamts für Verfassungsschutz keine Terroristen sind⁷⁸, widersprechen ihre Ideologien und gesellschaftspolitischen Vorstellungen der deutschen Rechts- und Gesellschaftsordnung fundamental. Abgelehnt werden von den Salafisten nicht nur die Demokratie und rechtsstaatliche Ordnung Deutschlands, da allein Wille und Gesetze Gottes sowie die Scharia die staatliche Herr-

⁷⁵ Bauknecht, B. (2015). Salafismus – Ideologie der Moderne. In: Info aktuell. Informationen zur politischen Bildung. Nr. 29/2015.

⁷⁶ Pfahl-Traughber, A. (09.09.2015). Salafismus – Was ist das überhaupt? Definitionen – Ideologiemerkmale – Typologisierung. Verfügbar unter: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/radikalisierungspraevention/211830/salafismus-was-ist-das-ueberhaupt> (Zugriff 19.05.2016)

⁷⁷ Bundesamt für Verfassungsschutz 2012. Salafistische Bestrebungen in Deutschland, Verfügbar unter: <https://www.verfassungsschutz.de/de/oeffentlichkeitsarbeit/publikationen/pb-islamismus/broschuere-2012-04-salafistische-bestrebungen> (Zugriff 15.06.2016)

⁷⁸ Bundesamt für Verfassungsschutz. Salafistische Bestrebungen. Verfügbar unter: <https://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af-islamismus-und-islamistischer-terrorismus/was-ist-islamismus/salafistische-bestrebungen> (Zugriff 23.06.2016)

schaftsordnung legitimieren. Die Mehrheit der Salafisten stellt auch eine Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung der Geschlechter in Abrede. Darüber hinaus stigmatisieren Salafisten sowohl Vertreterinnen und Vertreter anderer Glaubensrichtungen als Ungläubige als auch Musliminnen und Muslime, die eine sich vom Salafismus unterscheidende Auslegung des Islam verfolgen (ebd., S. 218). Das widerspricht dem in Deutschland gültigen Prinzip einer Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung aller Menschen unabhängig von Geschlecht und Religion.

Vertreter des jihadistischen Salafismus, die, um ihre Ziele und Ideologien durchzusetzen, auch den Einsatz von Gewalt rechtfertigen, begeben sich zu Schulungszwecken u. a. in terroristische Ausbildungszentren, z. B. in Syrien bzw. im Irak. In Sachsen sind hierzu in den letzten Jahren wenige Einzelfälle bekannt geworden (ebd., S. 219). Zentrum der salafistischen Bestrebungen in Sachsen ist das Umfeld der Leipziger Al-Rahman-Moschee. Mit missionierenden Aktivitäten und zielgerichteter Öffentlichkeitsarbeit, etwa sogenannte „Islamseminare“ oder „Islam-Bildungstreffe“ sowie durch Nutzung sozialer Netzwerke versuchen politische Salafisten auch in Sachsen Einfluss auf hier lebende Musliminnen und Muslime und die Gesellschaft zu gewinnen. Sie finden hier ein hohes Rekrutierungspotenzial „insbesondere dann, wenn sich die Integrationshoffnungen der Migranten nicht erfüllen“ (ebd., S. 220). Für Dresden liegen bezüglich des ausländerextremistischen und islamistischen Personenpotenzials keine gesonderten Zahlenbestände vor.

Seit mehreren Jahren nahezu unverändert ist in Sachsen das Mitglieder- und Anhängerpotenzial der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), das seit dem Jahr 2010 etwa 150 Personen umfasst (Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015, S. 227). Die PKK ist eine kurdische, sozialistisch ausgerichtete Organisation mit Ursprung in den kurdischen Siedlungsgebieten innerhalb der Türkei. Ihre Ziele, die sie politisch, aber auch mit militärischen und terroristischen Mitteln verfolgt, sind die politische Unabhängigkeit der kurdischen Gebiete und die Gründung eines autonomen kurdischen Staates. Die deutschen Organisationsstrukturen sichern der PKK den ideologischen Einfluss, dienen der Beschaffung finanzieller Mittel und der Rekrutierung von Nachwuchskämpfern (ebd., S. 225). In der Bundesrepublik sind die PKK sowie ihr angeschlossene Neben- und Nachfolgeorganisationen seit 1993 verboten (ebd., S. 224). Das Gebiet in dem die PKK in Sachsen aktiv ist, umfasst im Wesentlichen die Teilgebiete Leipzig, Dresden und Chemnitz.

Die „Politisch motivierte Kriminalität (PMK) Ausländer“ blieb in den letzten Jahren im Vergleich mit politisch rechts- bzw. linksmotivierten Straftaten äußerst niedrig. Der Anteil der ausländerextremistisch motivierten Delikte betrug im Jahr 2015 weniger als ein Prozent der gesamten politisch motivierten Kriminalität. Im Jahr 2015 stellte die Polizei 32 (2014: 20) Straftaten mit ausländerextremistischem Hintergrund und damit einen Anstieg gegenüber dem Jahr 2014 fest. Die Anzahl der Gewalttaten blieb mit sieben (2014: acht) fast gleich (Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015, S. 233).

4. Zusammenfassung

Pegida prägt als Protestbewegung neuen Stils das politische und soziale Klima in Dresden und Sachsen. Seit zwei Jahren spricht die Bewegung mit ihren Inhalten und Forderungen eine Mitte der Gesellschaft an und mobilisiert diese, indem sie teils fest in der Gesellschaft verankerte rassistische und religiöse Vorurteilsstrukturen bedient. Vornehmlich richtet sich Pegida gegen eine angeblich drohende „Islamisierung“ und „kulturelle Überfremdung“ in Deutschland durch eine unkontrollierte Zuwanderung sowie die in dieser Hinsicht vermeintlich verfehlte Politik der Regierenden. Dabei dominieren nicht differenzierte Argumente, sondern von Aversionen und Ressentiments geprägte emotionale Pauschalisierungen (vgl. Pfahl-Traughber 02.02.2015)⁷⁹.

Damit bildet Pegida auch die weit in der Gesellschaft verwurzelten fremdenfeindlichen, rassistischen und nationalistischen Ressentiments ab. Obwohl es sich nach überwiegender Auffassung bei Pegida nicht um eine per se rechtsextreme, sondern eher rechtspopulistische „Empörungsbewegung“ handelt (Vorländer et al. 2016), macht sie die Ausbreitung Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der Bevölkerung deutlich und trägt dazu bei, diese weiter zu verfestigen.

In personeller und motivationaler Hinsicht ist Pegida den vorliegenden Erhebungen zufolge keine einheitliche Bewegung. Die Tatsache, dass es sich nach überwiegender Auffassung bei den mit Pegida Sympathisierenden

⁷⁹ Pfahl-Traughber, A. (02.02.2015). Pegida – eine Protestbewegung zwischen Ängsten und Ressentiments. Eine Analyse aus der Sicht der Bewegungs-, Extremismus- und Sozialforschung. Verfügbar unter: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/200901/pegida-eine-protestbewegung-zwischen-aengsten-und-ressentiments> (Zugriff 23.06.2016)

mehrheitlich nicht um die extremen bzw. extremistischen Randgruppen der Bevölkerung handelt und diese nur einen marginalen Teil der Bewegung stellen, zeigt deutlich, dass fremdenfeindliche, rassistische und nationalistische Ressentiments in der Gesellschaft stark verbreitet sind und antidemokratische Haltungen bis weit in die bürgerliche Mitte der Gesellschaft reichen.

Die dem zu Grunde liegenden Einstellungsmuster und Ausgrenzungsbestrebungen existieren nicht nur innerhalb der Dresdner Bevölkerung. Dass aber hier eine Bewegung wie Pegida derartige Mobilisierungserfolge verzeichnen konnte, liegt in einem Aufeinandertreffen gegenwärtiger gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen und Herausforderungen, bestimmter politisch-kultureller Gegebenheiten, ostdeutscher Prägungen und Mentalitäten und spezifischen Merkmalen der Dresdner Stadtgesellschaft begründet. Dazu gehören einerseits Verunsicherungen über die eigene Lebenslage und die der kommenden Generation, Ängste vor einem sozialen Abstieg und um die eigene Zukunft, die zunehmende Spaltung der Gesellschaft sowie ein erheblicher Vertrauensverlust in die Politik und diejenigen, die sie repräsentieren. Dazu kommen eine Art „sächsischer Chauvinismus“, der mit einer „Selbsterhöhung der eigenen Gruppe“ und der Beanspruchung von „Etabliertenvorrechten“ einhergeht sowie ein über Generationen hinweg ein gepflegter „Opfermythos“. Dieser beruht auf der Überzeugung, unschuldig Opfer historischer Ereignisse geworden zu sein, wirkt bis heute nach und wird instrumentalisiert (Vorländer et al. 2016, S. 144)⁸⁰.

Auch wenn Pegida zwischenzeitlich längst nicht mehr die anfänglichen Teilnehmendenzahlen erreicht, kann sie „als Gefahr für die Demokratie oder als Symptom ihrer Degeneration interpretiert werden, da sie in einem pathologischen Verhältnis zur demokratischen Ordnung steht“ (Vorländer et al. 2016, S. 145)⁸¹. Dies geht mit einem parallelen Anstieg von politisch und insbesondere rechtsextremistisch motivierten Straftaten in Dresden und Sachsen einher.

Bei all den problematischen Entwicklungen in Dresden ist es aber auch wichtig zu betonen, dass sich hier in den letzten Monaten aktive, von der Bevölkerung getragene Bündnisse und Initiativen etabliert haben, die Demokratie und Weltoffenheit vorleben, menschenverachtenden Ideologien und Handlungen entgegentreten und sich auf vielfältige Art und Weise ehrenamtlich für geflüchtete Menschen und die Gestaltung eines offenen, menschenrechtsorientierten Gemeinwesens engagieren. Ein handlungsweisendes Fazit einer repräsentativen Studie der Technischen Universität Dresden zum Thema Asyl ist aber auch, dass ein großer Teil der Dresdner Bevölkerung zwar für eine offene Willkommenskultur steht, es jedoch eine große Gruppe der „unentschlossenen Mitte“ gibt, die keine politische Position beziehen. Laut den Autoren der Studie müssen diese Menschen von der Politik und der Zivilgesellschaft verstärkt in den Blick genommen, für die Situation Asylsuchender sensibilisiert und als Zielgruppe politischer Bildung begriffen werden (vgl. Kulturbüro Sachsen e. V. 2015, S. 12)⁸².

Wichtig bleibt es, tragfähige Lösungen zum Umgang mit Pegida sowie rechtspopulistischen und fremdenfeindlichen Strömungen zu entwickeln, um der Ausbreitung menschenfeindlichen Gedankenguts und Handelns wirksam zu begegnen. Neben klaren politischen Reaktionen braucht es dabei vor allem eine starke, demokratische Zivilgesellschaft, die aufgeklärt und couragiert allen Formen von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie Diskriminierung und Ausgrenzung entgegen tritt. Daneben gehören der Ausbau von politischen Teilhabe- und Mitgestaltungskompetenzen und der bislang unterentwickelten konstruktiven, fairen Debattenkultur zu den zentralen Schwierigkeiten bzw. Herausforderungen im Prozess der weiteren Gestaltung eines demokratischen Gemeinwesens. Diese Aufgabe, vor die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt ebenso gestellt sind wie Organisationen, Institutionen und Verwaltung, erscheint nur lösbar, wenn hierfür erforderliche Voraussetzungen geschaffen sind. Diese liegen wesentlich in der Verbesserung und dem Ausbau von Angeboten der politischen Bildung, der gezielten Förderung von Dialog und Diskurs sowie der Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen und Bündnisse, die sich für die Stärkung von Demokratie engagieren. Angezeigt ist damit die Notwendigkeit differenzierter, mehrdimensionaler Diskussionen, Konzepte und Interventionsstrategien, die sich den bestehenden Problemen widmen und dabei die gesellschaftlichen und auch lokalen Kontextbedingungen berücksichtigen. Das heißt, dass künftige Maßnahmen zur Bekämpfung fremdenfeindlicher, diskriminierender, antidemokratischer

⁸⁰ Vorländer, H., Herold, M. & Schäller, S. (2016). Pegida. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung. Wiesbaden: Springer VS

⁸¹ Vorländer, H., Herold, M. & Schäller, S. (2016). Pegida. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung. Wiesbaden: Springer VS

⁸² Kulturbüro Sachsen e. V. (2015). Eine gespaltene Stadt. Positionen der Dresdner Bevölkerung zum Thema Asyl. Verfügbar unter: http://www.qucosa.de/fileadmin/data/qucosa/documents/19722/Studie_Asyl_Dresden_2015-2.pdf (Zugriff: 02.06.2016)

Haltungen und Handlungen auch die gegenwärtigen sozialen Desintegrationsprozesse und kollektiven Ängsten sowie Vorurteilen mit ihren Ursachen in den Blick nehmen müssen und diesen auch ein Platz im demokratischen und politischen Diskurs eingeräumt werden sollte. Gleichzeitig gilt es, sich verstärkt allen gesellschaftlichen Gruppierungen zuzuwenden, die in den einschlägigen Studien als Träger fremdenfeindlicher und antidemokratischer Einstellungen identifiziert, jedoch bislang eher selten Adressaten bzw. Adressatinnen von Maßnahmen politischer Bildung wurden. Sie gilt es, verstärkt anzusprechen und am gesellschaftlich-politischen Diskurs zu beteiligen. Die Fortschreibung des Lokalen Handlungsprogramms soll diesen Aspekten mit ihrer inhaltlichen Schwerpunktsetzung, der Zielstellung und den Maßnahmen Rechnung tragen.

Abkürzungsverzeichnis

a. a. O.	am angegebenen Ort
AfD	Alternative für Deutschland
bzw.	beziehungsweise
ca.	zirka, ungefähr
DDR	Deutsche Demokratische Republik
ebd.	ebenda
ESF	Europäischer Sozialfonds
et al.	et alii (lateinisch für: und andere)
etc.	et cetera (lateinisch für: und so weiter)
e. V.	eingetragener Verein
f.	folgend
ff.	folgende
IfK	Institut für Kommunikationswissenschaft der Technischen Universität Dresden
JN	Junge Nationaldemokraten
LHP	Lokales Handlungsprogramm
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NRW	Nordrhein-Westfalen
o. g.	oben genannt/oben genannte
PKK	Arbeiterpartei Kurdistans
PMK	Politisch motivierte Kriminalität
RAA	Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie e. V.
S.	Seite
SLPB	Sächsische Landeszentrale für politische Bildung
SR	Stadtrat
u. a.	unter anderem
usw.	und so weiter
vgl.	vergleiche
z. B.	zum Beispiel